5. Regionale
Salzburger Armutskonferenz
Donnerstag, 20. Oktober 2011
St. Virgil Salzburg

Gleichheit ist Glück

Salzburg braucht ARMUT

www.salzburger-armutskonferenz.at

ORF

Vorwort

Ein Plädoyer für mehr Gleichheit!

Ein – befristeter! – Solidarbeitrag für Gutverdienende und eine Umwidmungsabgabe und eine Liegenschaftsbesteuerung beim Verkauf von Grundstücken und Immobilien. Eine geplante Finanztransaktionssteuer und eine Abgeltungsabgabe für jene, die ihre Vermögen unversteuert auf Schweizer Konten deponiert haben. Das sind im Wesentlichen die einkommensseitigen Maßnahmen, auf die sich die Bundesregierung zur sogenannten Budgetkonsolidierung 2012–2016 geeinigt hat. Immerhin könnte man meinen.

Daneben gibt es auf der Ausgabenseite Kürzungen beispielsweise im Pensionsbereich, bei den Förderungen und bei den Ermessensausgaben der einzelnen Ressorts. Vieles davon ist noch sehr vage und nicht mehr als eine Absichtserklärung. Und dennoch lässt sich bereits jetzt feststellen, dass die Ungleichheit in Österreich mit diesem Sparpaket nicht verringert werden kann, eher im Gegenteil.

Das ist das logische Ergebnis, wenn man sich bei „Vermögens-" oder „Reichensteuern" auf die Zuwächse konzentriert und die „Substanz" unangetastet belässt. Und auch das nur sehr vorsichtig und wenig nachhaltig. Es wird also weiterhin Zuwächse „oben" geben, vielleicht ein bisschen weniger, aber doch. Und „unten" wird die eine oder andere Einsparung zu verkraften treffsicher ankommen. Die Kluft zwischen arm und reich – vor allem bei den Vermögen – wird damit weiterhin größer werden.

Dasselbe lässt sich für die Länderebene feststellen. In Salzburg muss schon eine Erhöhung der Sozialausgaben um 2,67 % (für 2012) als Erfolg dargestellt werden. Wobei klar ist, dass diese „Erhöhung" eigentlich keine ist, weil damit wohl nur die gesetzlich fixierten Steigerungen bei den Strukturkosten (Löhne, Anpassung von Leistungen) zu finanzieren sein werden. Eine Reduzierung der Ungleichheit ist daher auch auf Landesebene nicht in Sichtweite.

Das Einbremsen oder sogar die Reduzierung der steigenden sozialen Ungleichheit ist weder auf Bundes- noch auf Landesebene ein politischer Leitgedanke. Abstrakte Budgetnormen und -ziele werden zuungunsten der Lebensrealitäten der Menschen, und hier vor allem von Armutsbetroffenen, zur Leitmaxime gesetzt. Ein „ausgeglichenes Budget" ist das neue Leuchtfeuer, die Bedarfe des Einzelnen werden dem sichtlich untergeordnet. Und auch wenn einzelne politische Verantwortliche dem etwas entgegensetzen wollen: An der Grundorientierung ändert das wenig.

Dabei geht es nicht nur um die ungerechter werdende Einkommens- und Vermögensverteilung. Es geht auch um die gerechte Teilhabe in Bildungs- und im Gesundheitssystem, beim Wohnen, um die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen. Und es geht auch um die Frage der bürgergesellschaftlichen und politischen Beteiligungsmöglichkeiten.

Denn: Ungleichheit schadet. Fast allen.
Also nicht nur den Armen, auch der Mittelschicht und den Reicheren. Egalitäre Gesellschaften besitzen überzeugende Vorteile, wie in empirischen Studien eindrucksvoll nachgewiesen wird: Sie sind insgesamt gesünder, sind mit einer geringeren Kriminalitätsrate konfrontiert, das gegenseitige Vertrauen ist höher. Sie weisen eine geringere Rate an psychischen Erkrankungen auf, das Bildungsniveau ist insgesamt höher, ebenso die sozialen Aufstiegschancen. Und die bürgergesellschaftliche und politische Beteiligung ist stärker ausgeprägt, die Demokratiezufriedenheit ist höher. Mehr Gleichheit ist also mehr Glück – für alle!

Die 5. Regionale Salzburger Armutskonferenz stand im Zeichen dieser genauso beeindruckenden wie banalen Erkenntnis. Sollte es mit der Konferenz und mit vorliegender Dokumentation gelungen sein, zumindest einen kleinen Schritt in Richtung mehr Gleichheit zu gehen, wäre das wohl schon ein großes „Glück".

Vorbereitung

Edda Böhm-Ingram
Caritas Salzburg

Robert Buggler
Salzburger Armutskonferenz

Andrea Franze
Hilfswerk Salzburg

Petra Geschwendtner
Soziale Arbeit GmbH

Inge Honisch
Schuldenberatung Salzburg

Herbert Huka-Siller
Familienreferat Land Salzburg

Fritz Keller
Attac Salzburg

Norbert Krammer
VertretungsNETZ Sachwalterschaft

Josef Mautner
Katholische Aktion Salzburg

Hermann Oberdünhofen
Neustart, Saftladen

Jakob Reichenberger
St. Virgil Salzburg

Andrea Schmidinger
Soziale Arbeit GmbH

Alexandra Schmidt
Frauenbüro der Stadt Salzburg

Andrea Solti
Frauentreffpunkt Salzburg

Eva Stöckl
Arbeiterkammer Salzburg

Tagungsmoderation

Alexandra Schmidt
Frauenbüro der Stadt Salzburg

Impressum
Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Salzburger Armutskonferenz – Förderverein. Plainstraße 83, 5020 Salzburg
office@salzburger-armutskonferenz.at
www.salzburger-armutskonferenz.at

Für den Inhalt verantwortlich: Robert Buggler
Fotgrafie: Emilio Ganot
Gestaltung und Satz: Eric Pratter, Anna Pratter
Erschienen: August 2012

Inhalt

Martin Schürz
Vermögen nach der Krise 07

Margit Appel
Ungleichheit – Der alte und der neue Gesellschaftsmotor
Von Profiteurinnen, Mitläuferinnen, Betrogenen und Verliererinnen 17

Workshops 27

Stimmen 27

ORF

Vermögen nach der Krise[1]

Martin Schürz
Österreichische Nationalbank

Warum über Vermögen sprechen bei einer Armutskonferenz? Geht es nicht um die Armen, die gerade über kein Vermögen verfügen, bestenfalls ein bescheidenes Einkommen haben, eine kleine staatliche Zuwendung erhalten? Und wenn wir über das Vermögen der Reichen sprechen, ist da nicht nur Neid im Spiel, sollten wir uns nicht darauf beschränken, leise anzumahnen, dass Gleichheit alle glücklich macht und dann hoffen, dass die Reichen die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen? Und ist es nicht unabdingbar den Reichen in der Finanzkrise zu helfen, um uns alle zu retten? Bedarf es nicht dieser Solidarität, um das Gemeinwohl zu bewahren? Und wären die Reichen nicht ohnedies gleich weg, sollten sie besteuert werden, ist der Finanzmarkt nicht längst der neue Souverän? Über das Vermögen der Reichen muss auf einer Armutskonferenz gesprochen werden, denn es steckt den Rahmen der Möglichkeiten der Armen ab.

In einer ersten Phase der Krise waren die Reichen gefährdet. Hier erwies sich die Politik als diensteifriger und willfähriger Geist der Eigentümer. In der zweiten Phase jammern die privaten Eigentümer über die Staatsverschuldung, so als wäre der Wohlfahrtsstaat übertrieben worden. Dies ist Chuzpe. Die Bankenkrise wurde zu einer Staatsverschuldungskrise und wird in der Krisenbekämpfung über staatliche Ausgabenkürzungen zum Drama der Armen. In meinem Vortrag geht es um Vermögensreichtum, Demokratie und Macht. Ich werde ihnen Belege zum Vermögensreichtum anführen. Ich werde argumentieren, dass dieser Reichtum Machtasymmetrien verstärkt und die Demokratie gefährdet. Mein Argument wird so aufgebaut sein: Zu großer privater Vermögensreichtum führt zu Finanzinstabilität und die darauf folgenden staatlichen Rettungsmaßnahmen und wirtschaftlichen Verwerfungen sind in Folge extrem kostspielig für die Armen.

Demokratiepolitisch ist die Allianz zwischen Reichen und Politik zutiefst fragwürdig. Vermögensreichtum ist nicht über Leistung begründbar, sondern reflektiert einfach Erfolg. Aber auch Erfolg wird zu begründen gesucht und dies insbesondere in Krisenzeiten. Die Reichen sagen ja nicht, sie hätten unverschuldet Glück gehabt, sondern sie seien tüchtiger, einfallsreicher, risikofreudiger oder hatten wenigstens fleißigere Eltern. Besonders gerne wird Reichtum zudem über sinnvolle Reichtumsverwendung (Philanthropie) begründet.

Vermögensreichtum

Die Vermögenskonzentration in den meisten Ländern ist ein bekanntes Faktum. Ganz wenige haben (besitzen) ganz viel. In den USA hält das oberste 1% ein Drittel des gesamten Vermögens, und in europäischen Ländern wie Deutschland, Frankreich und Spanien ist die Lage nicht viel besser. Der Anteil der reichsten 5% der privaten Haushalte in den USA am gesamten Vermögen liegt bei über 60%. Die ärmsten 80% haben fast nichts.

In Österreich ist dies ähnlich. In Österreich gibt es aber zudem immer noch Datenprobleme. Erstmals – und dass dies so ist, ist ein wirtschaftspolitisches Skandalon – wird es Zahlen zur privaten Vermögensverteilung Ende 2012 geben. Diese Daten erhebt die OeNB im Rahmen des Eurosystems. Warum wurde hierzu nicht früher geforscht? Vielleicht weil Verteilung über zwei, drei Jahrzehnte kein Thema war, weil in den Dekaden des Neoliberalismus behauptet wurde, dass Gleichheit wachstumsfeindlich sei. Die Daten werden wir nächsten Herbst veröffentlichen und ich verrate nichts, wenn ich sage, wir werden eine massive Ungleichheit dokumentieren. Und dies trotzdem wir das Thema der Superreichen in der Erhebung verfehlen, weil Reiche diskret sind, und sich freiwilligen Befragungen gerne entziehen. Milliardäre wollen

[1] Die Ausführungen geben ausschließlich die private Meinung des Autors wider.

unerkannt bleiben. Auch die Bereitschaft zum Mitwirken an der Forschung ist ungleich verteilt. Die Erhebungsmethoden (freiwillige Stichproben) verhindern vorab, dass man den Blick nach ganz Oben richten könnte, auf das oberste Promille, d.h. das oberste Tausendstel, wo der Reichtum gewaltige Dimensionen annimmt. Von Veröffentlichungen zu den Daten der privaten Vermögensverteilung erhoffe ich mir trotzdem einen unumkehrbaren aufklärerischen Effekt. Immer wird ja noch Einkommen mit Vermögen verwechselt. Hinsichtlich Einkommensungleichheit schaut es in Österreich im Ländervergleich nicht so schlimm aus, aber bei Vermögensungleichheit ist dies anders. Und wer über Armut und Reichtum sprechen will, muss die Einkommenswelt der Armen mit der Vermögenswelt der Reichen in Beziehung setzen. Man muss demnach sowohl auf Einkommen als auch auf Vermögen achten. Bislang wird dies nicht getan.

Was ist überhaupt Reichtum?

Nun, reich ist, wer von den Erträgen aus seinem Vermögen *gut* leben kann. Und was heißt gut leben? Um eine Zahl zu nennen, wer 1 Mio. Euro an Geldvermögen hat, wird jedenfalls reich genannt werden können. Denn er kann von den Vermögenserträgen (Annahme: 3% Vermögensrendite) leben. Von Vermögensreichtum sollten wir dann sprechen, wenn man von den Vermögenseinkünften – den lukrierten Zinsen und Renditen – besser leben kann als der Medianhaushalt aus seinem Arbeitseinkommen. Das Wichtige hierbei ist: nicht einfach irgendwelche Zahlen zu nennen, sondern den Vergleich in systematischer Form zu suchen. Verglichen wird hier der Median des Arbeitseinkommens (50% drunter und 50% drüber) mit einem Schwellenwert beim Vermögenseinkommen. Einfach Millionäre zu zählen ist hingegen unseriös, weil unbegründet. Denn wieso Millionäre? In der alten Schillingwelt hätte es 14-mal so viele in Österreich gegeben. Geht es vielleicht darum, dass Millionär faszinierend klingt? Und muss nicht zwischen einstelligen und dreistelligen Millionären unterschieden werden? Und was ist etwa mit den Milliardären? Die reichsten 10 Familien in Österreich kommen zusammen auf 65 Mrd. Euro. Mein Antwortversuch: Um die Personenzahl geht es bei einer Reichtumsbetrachtung eben nicht, sondern um den jeweiligen Anteil am Ganzen: Und da haben die obersten 10% mehr als die Hälfte, auch in Österreich, und die unteren 90% müssen sich mit dem Rest begnügen. Vielleicht stellt sich bei den Zahlen der Trend-Liste der 100 Reichsten und bei all den anderen Vermögensberichten mit Bildern von Mateschitz und Wlaschek das Gefühl ein, dass diese unvorstellbar viel haben, aber das wird sich individuell unterscheiden, und wir würden noch nicht wissen, was dies überhaupt mit den Armen zu tun hat.

Wir müssen grundsätzlich stets Folgendes zu wissen suchen. Erstens, wie Vermögen von ganz unten bis ganz oben verteilt ist – wie viel hat der Reichste im Vergleich zu den Ärmsten? Und zweitens, wie kann dies begründet werden? Hatten die Reichen nur Glück oder war es Ergebnis von kreativen Ideen und großer Anstrengung? Doch wieso soll eine gute Idee Milliarden bringen, harte manuelle Arbeit aber nur einige hundert Euro? Hayekianer behaupten, dass Reichtum sogar einen Leistungsanreiz für die Ärmeren, sich mehr anzustrengen, bildet. Nur mutet das absurd an. Erstens, fürs Reichwerden ist vor allem Herkunft entscheidend, was empirisch leicht belegt werden kann. Wieso haben die Kinder reicher Eltern so viel mehr „Glück" als jene von armen Eltern? Und zweitens, wie kann ich mich tausendmal so viel anstrengen als ich das zumeist jetzt schon tue? Warum soll es überhaupt kümmern, wenn einige viel mehr haben? Muss man ihnen dies nicht neidlos gönnen? Nein, moralisch ist es klar, dass es darum geht, dass andere zur gleichen Zeit zu wenig haben. Der amerikanische Philosoph Thomas Pogge spricht daher von *skandalöser Ungleichheit*, weil es den Reichen ja nicht wehtut, etwas vom Überfluss abzugeben. Dieses Thema ist normativ zu klären, weil es sich um eine Gerechtigkeitsfrage handelt. Gerechtigkeit meint die Frage danach, was wir einander schulden. Und dieses „Wir" bezieht sich auf die Gegenwart. Ideologischer Humbug ist der beliebte Vorwurf an die Armen, dass sie ein Handy und Flachbildschirm besitzen. Es ist lächerlich zu behaupten, dass die Armen ohnedies besser leben als britische Edelmänner im Mittelalter. Feuer machen wir auch nicht mehr mit Steinen.

Wir müssen davon sprechen, wie unsere Gesellschaft aktuell und künftig beschaffen sein soll. Bei Gerechtigkeitsfragen geht es

stets um Relationierung, um ein In-Beziehung-Setzen von Menschen zueinander. Wie kann es begründet werden, dass einige Menschen um das Millionenfache mehr haben als andere? Da dies eben nicht begründet werden kann, werden die konservativen Tiraden gegen Neidvolle, Klassenkämpfer, Enteigner und Umverteiler lauter. Dabei ist die 99%/1% Unterscheidung von *occupy wallstreet* zutreffend und wirtschaftspolitisch sinnvoll. Sie beinhaltet nicht mal ein zuspitzendes populistisches Moment, wenn wir auf die Vermögensverteilung achten. Sie reflektiert einfach krude Fakten. Vor einem Monat etwa hielten die reichsten 400 Amerikaner zusammen ein Vermögen von 1,5 Billionen USD. Dies bedeutete übrigens ein Plus von 12% gegenüber dem Vorjahr; soviel zur Krise der Reichen. Bei den unteren 99% ist die Ungleichheit zwar auch bedeutsam, aber erst im obersten Perzentil schlägt gleichsam Quantität in Qualität um. Dort bekommt das Vermögen eine neue Beschaffenheit. Im obersten Perzentil lebt man besser von den Vermögenseinkünften als von Arbeitseinkünften.

Die Unterscheidungen Reiche versus kleine Häuselbauer bzw. Mittelschicht sind willkürliche Bezugnahmen auf Ausschnitte der Vermögensverteilung. Sie verschleiern das Thema der Armut, weil sie so tun, als würde beim Eigenheimbesitzer die soziale Welt enden. Das Relationieren von 1%/99% vergleicht hingegen gesellschaftliche Verhältnisse konsequent zwischen Unten und Oben. Und dies benötigen Sie, wenn Sie über Ungleichheit in Österreich sprechen wollen. Die Betrachtung muss vom Obdachlosen bis zur Familie Porsche reichen. Ein Beispiel aus Österreich: Der Abstand beim Immobilienvermögen vom ärmsten Perzentil zum 99. Perzentil beträgt einige Millionen, jener vom 1. Perzentil zum 99. Perzentil einige Milliarden. Da ist dann Schluss mit der Mär vom erarbeiteten Wohlstand. Dort kollabiert bereits die Vorstellung, wie viel das ist. Deswegen werden ja oft Millionen und Milliarden verwechselt. Auch mit Bildern tut man sich schwer. Wenn ich etwa sage, dass man damit hunderte Fußballfelder mit 500er Scheinen auslegen könnte, so hilft Ihnen dies nur wenig. Wer hat Bilder von hunderten Fußballfeldern im Kopf. Wenn ich versuche, Reichtum nach Größe zu visualisieren, dann gibt es die Liliputaner, die normal gewachsenen Menschen und die Riesen. Nur wer hat eine Vorstellung zum Leben der Riesen? Lassen Sie es mich noch anders veranschaulichen, es ist keine soziale Gerechtigkeitsfrage, ob ein Freibetrag von 500.000 Euro oder 1 Mio. Euro bei einer geplanten Vermögenssteuer auch jemanden aus der Mitte betreffen kann oder nur noch Reiche. Denn nicht jede individuelle Interessensverletzung ist bereits ein Gerechtigkeitsthema. Dies ist zuerst eine statistische Frage. Dafür benötigt man Daten, und dass man die nicht einmal hat, verweist auf gesellschaftliche Machtverhältnisse. Dass man trotzdem über Vermögenssteuer und Freibeträge schwadronieren darf, belegt die mangelnde Ernsthaftigkeit der vorgeblichen Gerechtigkeitsbemühungen. Und dann ist es eine Frage der Begründung, wieso wir bestimmte Einkommensquellen bei der Besteuerung besser stellen wollen. Wieso das Erben auszeichnen gegenüber der ansonsten doch so gefeierten Arbeit? Bei einer konsequenten Orientierung am Leistungsprinzip wäre überhaupt kein Freibetrag vorzusehen. Auch für 10 Euro Einkommen muss die eine arbeiten und der andere bekommt sie geschenkt. Ein feudalistisches Überbleibsel ist es jedenfalls, Vermögen gegenüber Arbeit auszuzeichnen und eine fundamentale Verletzung des Ziels der Chancengleichheit sowieso. Und dann muss noch geklärt werden, wofür die Steuereinnahmen verwendet werden sollen; für weitere Eurofighter oder für Pflege, für Armutsbekämpfung?

Der Fokus auf den oberen Rand der Verteilung- auf nicht mehr als 10.000 Haushalte in Österreich – ist von den Daten her zutreffend. Die Ungleichverteilung ist so massiv, die Polarisierung beim Geldvermögen so klar (und auch beim Immobilienvermögen, wo fast die Hälfte nichts hat), dass es beim Thema der Vermögenskonzentration um die oberen Zehntausend geht. Es muss primär über die Vermögen der obersten Perzentile und nicht deren Einkommen gesprochen werden.

Der im Umfeld der Armutskonferenz viel zitierte Richard Wilkinson bezieht sich in seiner Forschung notgedrungen nur auf Einkommen. Andere Daten hat er nicht zur Verfügung. Daneben und gleichsam dahinter gibt es eine andere Welt, jenes des Vermögens, das Land der *men of property*. Und wenn behauptet wird, dass jeder etwas an Vermögen habe, dann stimmt dies eben nur in einem ganz engen Sinn; kleine Ersparnisse, ein paar Goldmünzen, manche einen Schrebergarten, andere ein kleines Haus, die meisten haben

jedenfalls nur wenig. Was heißt „wenig"? Nun wenig im Vergleich zu den Reichen, aber nicht unbedingt in der Selbstwahrnehmung. Der Schrebergärtner in Wien an der alten Donau kann sich subjektiv vermögend fühlen und von seiner Wertorientierung ein Bruder im Geiste des Salzburger Villenbesitzer sein, statistisch von den Vermögenswerten betrachtet würden dies beiden Personen aber weit auseinander liegen.

Nun, wie viel an Vermögensungleichheit hält eine Gesellschaft aus? Schwer zu sagen, ungleiche Gesellschaften sind stabil und fragil gleichzeitig. Soziale Unruhen sind wie versteckte Minenfelder. Zwar gibt es keinen determinierten Weg von exzessiver Vermögenskonzentration zu sozialen Rebellionen; soziale Unruhen fanden in England statt, wurden aber auch rasch wieder niedergeschlagen. Da sich einkommensarm und vermögensreich praktisch nicht treffen, ist der neidvolle Vergleich zwischen Arm und Reich kaum existent, sondern wird herbeigeredet. Die Begründungsnotwendigkeit beim Reichtum verschiebt sich trotzdem gegenwärtig: Hohe Gehälter der CEO's im Bankenbereich wurden manchmal damit gerechtfertigt, dass es sich beim Finanzmarkt um einen *The-winner-take-all*-Markt handle. In einem solchen Markt hängt der Erfolg von der relativen Leistung ab, also wie der Einzelne im Vergleich zu anderen abgeschnitten hat. Nicht das Ausmaß der (vergleich- und messbaren) Leistung ist für die Entlohnung maßgeblich, sondern dass nur der Superrockstar, der Top-Golfer interessiert. Keiner achtet auf die Nummer 7 beim Skiwettbewerb und deswegen bekommt der Sieger ungleich mehr (*Pavarottieffekt*). Bitte beachten Sie, dass es hier um Einkommen aus Arbeit geht (singen, golfen, was auch immer). Aber sogar bei Investmentbankern ist der Pavarottieffekt lächerlich. Zehntausende Investmentbanker mit Jahresgehältern über 2 Millionen USD allein in den USA sind doch wohl ein wenig viele Pavarottis. Die Entwicklung der Managerentlohnung im Finanzkapitalismus war wohl eher Ergebnis einer für Manager günstigen Machtkonstellation. Begünstigt durch die Globalisierung, eine Orientierung am shareholder-value und eine neoliberale Wirtschaftspolitik der Liberalisierung und Deregulierung konnten Finanzmanager den Preis für ihre Arbeitsleistungen zu einem erheblichen Teil selbst gestalten.

Legitimation des Reichtums

Leistung als Begründung von Unterschieden in sehr ungleichen Gesellschaften versagt, denn dafür sind die Unterscheide einfach zu groß. Anachronistisch mutet es daher an, dass in Österreich trotzdem weiterhin darüber schwadroniert wird. Jedoch gibt es Ersatzkandidaten für die Legitimation von Ungleichheit:

Ersatzkandidat Nr. 1 ist die Philanthropie. Diese lenkt den Blick auf den guten Reichen, der seine Reichtumsherkunft nicht mehr begründen muss, aber sich gerne bei der Reichtumsverwendung beobachten lässt. Man muss nicht an Balzac denken (*hinter jedem großen Vermögen steckt ein großes Verbrechen*), aber Monopolstellung, Korruption, illegale Mittel, Oligarchentum nach Privatisierungen indizieren problematische Reichtumsentstehungen.

Ersatzkandidat Nr. 2 ist eine symbolische Reichensteuer: Ein Cent-Obolus für Gier, Spekulation und Zocken. Die Millionärssteuer, der Gipfel der Radikalität bei Besteuerungsideen in Österreich, verspricht Millionären eigentlich, dass keine Vermögenssubstanzsteuer zu zahlen sei. Vermögensreiche sollten ja wenigstens 2% als Ertrag ihrer Veranlagung bekommen und die vorgesehene Besteuerung wäre niedriger als dieser Ertrag. Dies bedeutet aber, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird. Diskutiert wird dies vollmundig unter dem Mantel der Gerechtigkeit.

Beide Varianten verfehlen das Thema der Machtasymmetrie und der Demokratiegefährdung. Aber beide Versionen bringen Akzentverschiebungen im Ungleichheitsdiskurs. Plötzlich gibt es *undeserving rich*. Die *undeserving poor* gab es ja stets. Faulheit, Alkoholismus und Zügellosigkeit kennzeichneten Arme, die keine Hilfe verdienten. Nun aber haben wir die Boni-Zocker und gierige Investmentbanker.

Bei den Reichen funktioniert das ideologische Muster aber anders: Während es bei den Armen um Abwehr von Ansprüchen geht (fördern und fordern), geht es bei den Reichen um die Auszeichnung von *deserving rich* (d.h. nicht protzende laute Neu-Reiche, sondern vornehme Wohltäter). Jene, die soziale Ungleichheit verharmlosen

wollen, sprechen gerne vom Einkommen und ungern vom Vermögen. Und wenn vom Einkommen geredet wird, dann am liebsten von jenem der Mitte. Jeder kann etwas anderes darunter verstehen – die einen den viel zitierten Mittelstand (dann zählen auch Millionäre dazu, weil Mitte sind diese Unternehmer ja nur im Vergleich zu Konzernen), die anderen Leute mit mittlerem Einkommen, andere wiederum den ominösen kleinen Häuselbauer. Die Mitte ist ein Sehnsuchtsort, der Stabilität und Sicherheit verspricht. Doch die Mitte lebt vom Arbeitseinkommen und nicht vom Vermögen. Eine einkommensorientierte Grenzziehung der Mitte würde eine viel zu große Oberschicht erzeugen; und Armut, die zwei Euro unter der Untergrenze der Mitte beginnt, wäre zu nahe an der Mitte. Warum Einkommen? Vielleicht weil dies alle haben. Aber um Einkommen geht es bei Reichtum nicht, sondern um Vermögen. Die Reichen halten jenes Vermögen, um das sich die Mitte fürchtet. Die Aktienkurse werden über tägliche Börseberichte in TV und Radio kommuniziert, gehalten werden die Aktien aber praktisch ausschließlich von den Reichen.

Wenn fast nie ein Unterschichtkind in die Mitte kommt, und die Mitte voll Statusangst nach unten schielt und ergebnislos nach oben zielt, sehen wir eine Gesellschaft ohne Chancengleichheit. Unten darf eben keine Wüste sein und oben kein feudalistisches Refugium, denn dann wären die Statussorgen und Abstiegsängste in der Mitte geringer. Soziale Ungleichheit in Österreich kennzeichnet Armutsverfestigung und fehlende Aufstiegsmobilität; sie beinhaltet Ängste in der Mitte, dynastische Vermögenskonzentration oben und eine Verfestigung von Ungleichheit über Generation. Pirmin Fessler und ich zeigen in einer neuen Studie: Ist der Papa reich, braucht der Bub nicht mal studieren, um trotzdem jene Einkommensvorteile zu haben, die Aufsteiger erst mit einem akademischen Grad bekommen. Früher hat man Ungleichheit so legitimiert: Der Kuchen wird größer (steigendes BIP-Wachstum), daher haben alle etwas vom Backen. Auch wenn der Arme ein kleineres Stück bekommt, so bekommt er doch im Lauf der Zeit mehr und dies ist schön. Nun kann aber seit längerem gezeigt werden, dass die Einkommenszuwächse nur an die Oben, ja an die ganz Oben, an die obersten Perzentile gingen. Die Reallöhne unten stagnieren, die Profite wachsen und die privaten Vermögen steigen rascher als das BIP. Wenn steigende Vermögen mehr an Ertrag abwerfen als die reale Wirtschaft, landen wir in einer *Rentiersgesellschaft*.

Solidarität mit den Reichen

Und was machten die Superreichen nun mit all ihrem Geld? Konsumieren können sie es nicht zur Gänze. Mehr als Kaviar schaufeln geht nicht. Das ist jetzt kein moralisierender Einwand, der Konsum der Reichen fördert wenigstens das Wachstum. Aber vielfach schichten die Reichen nur innerhalb ihres Vermögensportefeuilles um. Aus Aktien werden Staatsanleihen, aus Fondsanteilen wird ein Kunstwerk, aus Ersparnissen wird eine Yacht oder ein Privatflugzeug. Aber weil die Reichen so viel haben, müssen sie bei der Veranlagung nicht bei allen Vermögenskomponenten auf sicher gehen (ich spreche eben nicht von einem Sparbuch, einem Bausparvertrag), sondern Reiche haben immer Spielgeld (und da wünschen sie hohe Renditen), weil sie die Goldbarren und den Wald sowieso auch noch haben. Nur sie haben das allen empfohlene diversifizierte Portfolio.

Die Risikobereitschaft der Reichen treibt die Suche nach höheren Renditen. Nun wäre dies kein Problem, wenn das vielbeschworene Finanzkasino tatsächlich ein Kasino wäre, und jene, die stets von Risikoprämien reden, dann auch die Risiken zu tragen bereit wären und auch fähig dazu sind. Wenn die zockenden Banken 2008 vom Kasinobesuch wie Roulettesüchtige ausgesperrt worden wären, stünden wir heute nicht vor geringeren Problemen der Staatsschuldenkrise. Doch die Risikobefürworter agierten und agieren vollkaskoversichert. An Ihrer Seite steht stets diensteifrig ein Staat mit Garantien und ideologischen Versatzstücken. Zu letzteren zählt der Appell an Solidarität. Abgesehen davon, dass Solidarität nicht eingemahnt, sondern gelebt werden muss, fällt sogar dem deutschen Finanzwissenschafter Kirchhoff, dereinst Kandidat für den Posten des Finanzministers der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Merkwürdigkeit auf: *„Wir werden aufgefordert, Solidarität mit Griechenland zu üben. Aber im Kern üben wir Solidarität mit dem Finanzmarkt. Obwohl er völlig intransparent ist, obwohl dort eine Fülle von Transfers stattfinden, die nicht mehr auf die Produktion von Gütern, also auf die Bedürfnisse von*

Menschen angelegt sind. Da werden Forderungen und Beteiligungen drei-, vier-, fünfmal verkauft, auf jeder Stufe gibt es Käufer und Verkäufer, Berater und Prüfer, Versicherer und Rückversicherer, die alle ihren Staubsauger angestellt haben, um Gewinne abzusaugen." (FAZ, Sonntag 21.8.2011).

Solidarität bezieht sich nationalstaatlich auf einen als Gemeinwesen verstandenen Verband. Sie entsteht durch Bildung und Aufklärung, d.h. eine funktionierende Öffentlichkeit. Entscheidend ist: *„Wenn die Bevölkerung nicht mehr weiß, wofür sie bezahlen soll – die Banken, die Wirtschaft, Griechenland, die Stabilität des Euros, die Gewinnmargen im Finanzmarkt, die Boni der Investmentbanker? – dann ist dieser Gleichheitssatz nicht mehr erfüllt. Staatsausgaben bedürfen einer deutlichen, für jedermann erkennbaren Rechtfertigung."* (Kirchhoff 21.8.2011). Werden die durch die Bankenkrise entstandenen Schulden vor allem ausgabenseitig zurückgeführt, wird von unten nach oben umverteilt. Denn die Übernahme der Verluste aus risikoreichen Anlagen durch den Staat betrifft vor allem vermögende Haushalte. Vor allem Reiche halten Anleihen und Aktienvermögen.

Zwischenconclusio: Die Staaten halten konsequent zu einem kleinen Teil der Bevölkerung. Leider ist dies nicht der benachteiligte Teil der Bevölkerung.

Eine vermögensgleichere Gesellschaft macht krisenfester. Warum? Weil die Reichen zu riskant agieren und weil die sich daraus ergebenden Vermögensunterschiede sichtbar werden (Paläste und eine boomende Luxusbranche). Diese Sichtbarkeit veranlasst die Politik dazu, in unseriöser Weise – über billige Kreditvergabe – etwas gegen diese Ungleichheit zu tun. In den USA gelang es Menschen ohne Einkommen oder Vermögen zu einem Eigenheim zu kommen. Dauerhaft lässt sich so ein Modell nicht halten.

Konturen eines Philanthropokapitalismus

Auch das Gute ist in der Gesellschaft ungleich verteilt. Lassen Sie mich Büchner zitieren, wo der gedemütigte Woyzeck meint *„Ja Herr Hauptmann, die Tugend! ich hab's noch nicht so aus. Sehn Sie, wir gemeine Leut, das hat keine Tugend, es kommt einem nur so die Natur, aber wenn ich ein Herr wär und hätt ein Hut und eine Uhr und eine Anglaise und könnt vornehm reden, ich wollt schon tugendhaft sein. Es muß was Schönes sein um die Tugend, Herr Hauptmann. Aber ich bin ein armer Kerl. (Büchner 1878, [2008], S. 168).* Die Medien treibt die Suche nach dem guten Reichen um.

Wie halten es die Reichen in der Krise mit dem Teilen? Es scheint ja offenkundig: Würde einem Milliardär die Hälfte seines Vermögens genommen, würde er dies bei seinem Konsum nicht mal spüren. In den Medien ist aber von anderen Größenordnungen, vulgo Bagatellen, die Rede. Gestartet wird das Ideologisieren zumeist bei einem Dauerbrenner unter den Ideologemen, dass der Löwenanteil der Steuerlast von den Reichen getragen werde. Da Reiche ihre Einkommen vorrangig aus Vermögen beziehen und Vermögen kaum besteuert wird, sollte die Lächerlichkeit eines Fokus auf die Lohnsteuer blitzartig anschaulich werden. Die Mitverantwortung der Vermögenden für das Gemeinwesen wird karitativ verstanden. Die individuellen Verhaltensweisen der Reichen, etwa die Frage, ob sie gierig sind, wohltätig, maßlos usw. interessieren und weniger die gesellschaftlich strukturellen Problemen, also soziale Ungleichheit und Machtgefälle. Wer aber nur auf individuelles Verhalten bei der Reichtumsverwendung achtet, riskiert wohltätige Reiche zweifach zu adeln. Zuerst werden ihre Privilegien bei der Reichtumsentstehung vergessen und danach wird Noblesse zugeschrieben, weil so lieb auch auf die Armen geachtet wird. Der Held ist der Philanthrop, aber nicht der Steuerzahler. Peter Sloterdijk ist der bekannteste Schlagwortlieferant der steuerunwilligen reichen Wohltäter. Er verlangt eine *„Umstellung des bestehenden Steuersystems von einem bürokratisierten Ritual der Zwangsabgaben zu einer Praxis freiwilliger Beiträge zum Gedeihen des Gemeinwesens"*.

Demokratisch nicht legitimierte Reiche, die ihre gesellschaftlichen Vorstellungen klandestin der Politik diktieren und ihre gesellschaftliche Anerkennung über einen moderaten Obolus und ein bescheidenes, nicht protzendes Auftreten sicherstellen, sind die

neuen Rollenmodelle für gütige Oligarchen. Ihre Zuwendung an die Armen kann ja dann auch steuerlich abgesetzt werden; d.h. die Mitte zahlt für das gute Gefühl des reichen Wohltäters mit, weil der Staat nun weniger an Ausgabemöglichkeiten, etwa für Bildung, hat. Die sozialen Vereine untereinander müssen dann um die Zuwendung der Vermögenden wetteifern, egal ob sie es jetzt fein finden, dass sie jedes Jahr von der guten Laune ihres Mäzens abhängig sind oder nicht.

Demokratieaushöhlung durch Machtasymmetrie

In den an die Finanzjonglierereien anknüpfenden gesellschaftlichen Debatten hätten Wertorientierungen und Verhaltenserwartungen an politische und ökonomische Eliten reflektiert werden können. Schließlich hatten die Staaten in den letzten Jahrzehnten eine Vermögenskonzentration unvorstellbaren Ausmaßes ermöglicht. Martin Hellwig vom Max Planck-Institut stellte kürzlich die Frage: *„Warum beherrscht eine Community, die durch die Erfahrungen der letzten zwei Jahre völlig diskreditiert sein sollte, nach wie vor die politische Diskussion über die Regulierung und ihre Reform*?" Und der ehemalige Chefökonom des IWF Simon Johnson, ein renommierter MIT-Professor, warnt seit Langem vor der Einflussnahme der Finanzlobby auf die Gesetzgebung. Werden Banken zu groß, um in Konkurs zu gehen, dann verletzten sie einerseits Wettbewerbsvoraussetzungen am Markt (Monopole und Oligopole sind Preissetzer), und andererseits das Demokratiekriterium, dass Entscheidungen reversibel sein müssen. Worüber zu reden wäre, ist, wie kann verhindert werden, dass das Parlament Milliarden Euro ohne rationale und umfassende öffentliche Debatte durchwinkt. Für Österreich hätte man jedenfalls gerne Daten zu den Parteispenden und zu den Vermögenspositionen der National - ratsabgeordneten, um politische Positionierungen bei der Frage der Besteuerung der Reichen besser verstehen zu können. Sogar in den USA gibt es diese Informationen. Macht legt den gesellschaftlichen Rahmen fest, innerhalb dessen Vermögensungleich - heit wächst und innerhalb dessen über Vermögensverteilung und Rettungsschirme gestritten wird. Diese Macht bleibt meist unsichtbar und der Rahmen erscheint oft alternativlos. Da die Politik bereit war, anstelle der Wahrung öffentlicher Interessen Freiräume für private Machtausübung zu schaffen, darf sie sich danach nicht wundern, dass die privaten Akteure von sich aus kein öffentliches Gut produzieren. Seit der Krise wird Macht zwar wieder sichtbar, aber die Alternativlosigkeit bleibt. Doch wenn jetzt die Entscheidungen für Rettungsschirme so schnell getroffen werden müssen, dass sogar die Fassade der repräsentativen Demokratie bröckelt, dann zeigt dies nicht, dass es komplexe Expertenthemen gibt, die sich dem mühseligen Geschäft der Demokratie verschließen, sondern belegt, dass diese Finanzgeschäfte ein demokratiefeindliches Element beinhalten.

Symbolisches Reichenbashing

Trotz der eklatanten sozialen Ungleichheit zeichnet sich keine Trendwende in der Wirtschaftspolitik ab. Im Gegenteil, die Wirtschaftspolitik positioniert sich weiterhin konsequent auf Seiten der Reichen. Nur tut sie dies auch, indem sie symbolisches Reichenbashing betreibt. Das Brimborium vom Markt, der Fehlverhalten unbarmherzig sanktioniert, war heiße Luft. Marktversagen ist die Regel und nicht die Ausnahme. Die Reichen wurden vom Staat gerettet, von jenem Staat also, dem Jahrzehnte lang Unfähigkeit und Ineffizienz bescheinigt worden war. Zynisch könnte man ja meinen, dass die Marktenthusiasten mit diesem Befund nicht so Unrecht hatten. Denn die Staaten retteten die Banken fast kostenfrei, ohne Einschnitte und Auflagen. Gewerkschaften andererseits begnügen sich damit, Minivermögenssteuern vorzuschlagen, und fürchten sich trotzdem, Vorwürfen des Klassenkampfes und Neidvorwurfes ausgesetzt zu sein. Zwei grundsätzliche Überlegungen werden seltener angestellt. Sollte es nicht Reichtumsgrenzen geben und *cui bono*, wem helfen bestimmte Regelungen, die als Gemeinwohlmaßnahmen begründet werden, wirklich?

Zu Ersterem: **Reichtumsgrenzen**

Werfen wir einen Blick in die Philosophiegeschichte zurück, dann sehen wir, dass etwa bereits bei Platon (427 bis 347 v. C.) enge Reichtumsgrenzen vorgesehen waren: *„Die Grenze des Reichtums für die oberste Klasse, welche nicht überschritten werden darf, soll der vierfache Wert des Landanteils eines Bürgers sein. Wer auf irgendwelche Weise mehr erwirbt, als innerhalb der bezeichneten Grenzen liegt, hat das Übermaß dem Staat zu übergeben."* Platons Überlegungen bezogen sich zwar nicht auf

alle, sondern nur auf einen eingeschränkten Personenkreis der Freien, aber erstaunlich scheint schon die enge Vermögensspanne von 1 zu 4. In seinem letzten Werk, den *Nomoi,* entwickelte Platon eine Güterlehre und unterschied zwischen göttlichen Gütern (Einsicht, Vernunft, Gerechtigkeit, Tapferkeit) und menschlichen Gütern (Gesundheit, Schönheit, körperliche Stärke, von Einsicht geleiteter Reichtum). Reichtum als solcher taucht gar nicht auf. Für Platon stand ja auch fest, dass *„die ganz Reichen nicht gut sind, wenn sie aber nicht gut sind, so sind sie auch nicht glücklich."* Diese teils pejorative Sicht auf den Reichtum findet sich ja auch bei Aristoteles, dem Schüler Platons. In der Nikomachischen Ethik, Erstes Buch, 1096a heißt es: *„Das auf Gelderwerb gerichtete Leben hat etwas Unnatürliches und Gezwungenes an Sich"* Aristotelisch geht es um die Mitte zwischen Geiz und Verschwendung. Ein Hinweis für heute wäre wohl, die Ökonomisierung des sozialen Lebens nicht als alternativlos zu betrachten.

Zum Zweiteren: **Gesellschaftsvertrag**
Nicht alles, was als gemeinwohlorientiert verkauft wird, ist es tatsächlich: Bei Rousseau im *Diskurs über die Ungleichheit* (1754) schwatzen Reiche den Armen einen Gesellschaftsvertrag zum Eigentumsschutz auf, *„um die Schwachen vor der Unterdrückung zu schützen, die Ehrgeizigen in Schranken zu halten und einem jeden den Besitz dessen zu sichern was ihm gehört"* (Rousseau 2008, 215). Die Armen ließen sich einreden, dass Eigentumsschutz für sie ganz wichtig sei, obzwar sie gar kein Eigentum hatten; so ersann der Reiche, *„den durch-dachtesten Plan der dem menschlichen Geist je eingefallen ist."*.

Die reiche Minderheit zieht die arme Mehrheit über den Tisch. Rousseau entlarvte den für die Reichen so elementaren Eigentumsschutz im 18. Jahrhundert als Täuschung der Armen. In der gegenwärtigen Krise ging es unter vollmundigen Verweisen auf Solidarität genau um diesen Eigentumsschutz. *„Ihr bedürft meiner, denn ich bin reich und ihr seid arm; laßt uns also ein Abkommen treffen: Ich werde gestatten, daß ihr die Ehre habt, mir zu dienen, unter der Bedingung, daß ihr mir für die Mühe, die ich mir mache euch zu kommandieren, das wenige gebt, was euch bleibt"* (Rousseau, *Ökonomie des Staates*).

Sehnsüchte von Sicherheit
Angestrebt wird Vermögen auch von den Armen: in der bescheidenen Variante eines Autos, Hauses oder Schrebergartens und in den unbescheidenen Sehnsüchten beim Glücksspiel. In der Lotterie lebt die Hoffnung der Armen auf Reichtum und in den Tagträumen gelingt der faktisch unmögliche soziale Aufstieg. Daher geben die eklatanten sozialen Ungleichheiten selten Grund zum Aufbegehren. Das Träumen von Reichtum und sozialem Statusgewinn macht aufstiegssolidarisch. Meines Erachtens ist es die mit Reichtum verbundene gesellschaftliche Anerkennung, die diesen so attraktiv erscheinen lässt. Wäre die gesellschaftliche Anerkennung anders gelagert, dann würden sich vermutlich auch die Sehnsüchte verschieben. Eigentum gibt Sicherheit, und wenn es hoch ist, so kann die damit verbundene Sicherheit auch noch an die Nachkommen vererbt werden. Am weitesten in der Absage an das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit gehen daher Gegner einer Erbschaftssteuer. Denn Erbschaften bilden die Ungleichheitsdomäne schlechthin: Einige Wenige erben gewaltige Vermögen, und die meisten erben nichts. Doch oft ist auch in der Vorstellungswelt der Armen vererbbares Eigentum positiv besetzt. An das eigene Einkommen müssen die Erwartungen notgedrungen bescheiden bleiben, aber den Kindern soll es einmal besser gehen. Das Sparbuch für die Enkelkinder und das kleine Häuschen der Armen versprechen ein wenig an Sicherheit. Sie bilden einen Hoffnungsanker in einer prekären Gegenwart. Vermögen dient den Armen als minimale Reserve für Notfälle, während es den Reichen Status und Macht verleiht. Arme Familien und reiche Dynastien können ideelle Werte teilen, während ihre materiellen Werte und Lebenswelten unterschiedlicher nicht sein können. Eine substantielle Erbschaftssteuer täte den Reichen *treffsicher* weh, sie läuft aber auch den Illusionen mancher Armen zuwider. Für die Politik erhöht dies den Anreiz sich opportunistisch an den materiellen Interessen der Reichen zu orientieren.

Schlussfolgerungen
Die Reichen haben eine schwierige Aufgabe: sie müssen 99% der Bevölkerung davon überzeugen, dass sie und der Rest gleiche Interessen haben und dies noch dazu in Zeiten, in denen nur die Reichen wirtschaftlich zulegen. Die Vermögenskonzentration ist

enorm. Nach der Krise werden die Armen ärmer werden, denn bei ihnen wird der Staat sparen müssen, um die Geschenke für die Reichen zu bezahlen. *Solidarität* boomt. Nur ist es nun die Solidarität mit den Aktionären, den Anleihebesitzern und Immobilieneigentümern, die Solidarität mit den Vermögenden also. Der kritische Diskurs wird bizarrerweise nicht von der Politik, sondern von vereinzelten Reichen geführt. Die von politischen Parteien und den Gewerkschaften vorgeschlagenen Vermögenssteuern werden den Reichen höchstens ein mildes Schmunzeln (Lächeln) kosten. Vielleicht ist dies ihr klandestines Ziel. Klar, die politischen Repräsentanten der Eigentümer werden von Enteignung und Klassenkampf sprechen. Doch auch sie wissen, die bislang diskutierten Steuern sind billige symbolische Gesten im wahrsten Sinn des Wortes. Denn bei so niedrigen Steuersätzen werden die Vermögen weiter wachsen. Die Reichen werden demnach nicht nur reich bleiben, sondern reicher werden.

Die Übermacht des Finanzsektors bleibt bestehen. Der Staat schaltet den klassischen Bestrafungsmechanismus des Marktes – den Konkurs – aus und rettet die Gläubiger und Anleger. Mitgerettet werden dabei die hohen Gehälter der Bankmanager und die Aktienkurse. In der Krise haften die Aktionäre nicht mit ihrem Vermögen, sondern die Verluste gehörten den Steuerzahlern, mit deren Geld die Banken gerettet wurden. Dies verlängert für Aktionäre den Anreiz, dass besonders riskante Geschäftspraktiken weiter verfolgt werden. Im vorherrschenden Neoliberalismus der letzten beiden Jahrzehnte kam es zu einer steigenden Einkommens- und Vermögensungleichheit, weil der Staat seine wirtschaftspolitische Ausrichtung (progressive Besteuerung, Kapitalverkehrsregulierung) fundamental änderte und auf eine Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte setzte. Die ungenügende politische Kontrolle ebnete opportunistischem Handeln am Finanzmarkt den Weg. Das Durchsetzen der Interessen machtvoller Finanzakteure in diesem Prozess gegenüber der Politik ist offensichtlich.

Vermögenssteuererhöhungen oder soziale Ausgabenkürzungen markieren eine zentrale Trennlinie: Bei ersteren wird den Reichen das Geld genommen, bei letzteren den Armen. Die vorgebliche

Alternativlosigkeit von staatlichen Sparkursen suggeriert vorab, die Armen sollen zahlen. Die gerechtere Alternative wären massive Einschnitte bei den Vermögenden. Wirtschaftspolitisch werden diese jedoch nicht diskutiert, die Debatte beschränkt sich auf nur bescheidene, symbolische Beiträge. In diesem gesellschaftlichen Kontext kann die eine Seite sehnsüchtig die Melodie der Gerechtigkeit anstimmen, während die andere Seite Klassenkampf, Neid und Enteignung ruft. Dieses Schauspiel wird den Armen aber nicht helfen, nicht einmal bei der Milderung ihrer berechtigten Wut.

ORF

Ungleichheit – Der alte und der neue Gesellschaftsmotor

Von Profiteurinnen, Mitläuferinnen, Betrogenen und Verliererinnen

Margit Appel
Katholische Sozialakademie Österreich

Ich beschäftige mich schon länger mit der Frage: Wie können sich möglichst viele an der Gestaltung der Verhältnisse beteiligen, also wie können möglichst viele am Ziel der Gleichheit (im Sinne des Konferenztitels „Gleichheit ist Glück") mitwirken. Zum Referatstitel „Ungleichheit, der alte und der neue Gesellschaftsmotor" gleich eine vorangestellte These: Ich gehe davon aus, dass unsere Wirtschaftsweise, unser Wirtschaftssystem, nämlich das marktwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftssystem, von einem bestimmten Maß an sozialer Ungleichheit geradezu lebt. In diesem Sinn ist der Motor-Begriff zu verstehen. Eine ganze Menge in der Gesellschaft vorzufindender bzw. immer neu erzeugter sozialer Unterschiede stehen für das Funktionieren dieses Motors zur Verfügung bzw. werden dafür benützt: Die Geschlechterhierarchie, die ja immer noch ganz manifest und beharrlich in diesem Sinn von Ungleichheit da ist. Die Inländer-Ausländer-Hierarchie, ein ganz ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit mit dem der Kapitalismus gut arbeiten kann im nationalen aber erst recht im globalen Maßstab. Letztlich wird soziale Ungleichheit auch ständig produziert und wieder hergestellt durch die Art unseres Bildungssystems. Also das heißt, für den Kapitalismus ist es sehr virulent, eine sehr lebendige, wichtige Sache, dass es Ungleichheit gibt. Auf der anderen Seite beschäftigen wir uns ja heute auch mit der Thematik der politischen Gestaltung der Verhältnisse, mit der Qualität von Demokratie, mit ihrer Legitimation, mit ihrer Chance auf Zukunftsfähigkeit. Was die politischen Verhältnisse, was die Demokratie betrifft ist aber der Zusammenhang genau ein anderer. Nämlich hier ist immer sehr sensibel die Frage zu stellen: Wie viel Ungleichheit, kann sich eine Gesellschaft leisten, um noch als demokratische Gesellschaft bezeichnet werden zu dürfen? Hier haben Sie gleich einmal den Interessensgegensatz, zwischen Wirtschaftsweise, ihrer Logik und ihrem Funktionieren und dem was wir uns an politischen Verhältnissen wünschen. So viel zum Titel des Referates.

In diesem Diskurs über Wirtschaftsweise und politische Verhältnisse, in diesem sehr interessensgeprägten und polarisierten Diskurs, gibt es viele „Beauftragte", sei es im Wirtschaftssystem, sei es in der Politik, natürlich auch in der Zivilgesellschaft, die im Sinne ihrer Interessen vorangehen und versuchen, Terrain zu gewinnen. Diese „Beauftragten", in Funktionen befindlichen EntscheidungsträgerInnen in den gesellschaftlichen Subsystemen kann ich als das „eine Prozent" ansetzen und die Frage stellen, wie wir anderen 99 Prozent uns in dieser Debatte artikulieren. Wahrzunehmen ist, Martin Schürz hat schon ein paar Mal darauf rekurriert, dass die Mehrheit der Bevölkerung – Österreich sticht da gar nicht besonders hervor, das gilt für den europäischen Diskurs auch insgesamt – noch nicht so sicher ist, ob sie in dieser ganzen Verteilungsdebatte auf der Seite der GewinnerInnen und zumindest der noch ganz gut im Tempo mithaltenden könnenden MitläuferInnen ist. Oder ob sie eigentlich schon und von vornherein auf der Seite der Betrogenen und der VerlierInnen ist. Um diese Frage, wo wir – die Mehrheit – uns diskursiv verorten und was bei dieser Verortung eine Rolle spielt, darum wird es sehr stark in meinen Ausführungen gehen, weil diese Verortungsfrage wieder Teil des Problems der politischen Handlungsfähigkeit ist. Wo und wie entsteht für welches Gesellschaftsbild, für welche Perspektive eine gesellschaftliche Mehrheit? Ich glaube, dass es für uns alle gar nicht so einfach ist, in einem guten Sinn darüber nachzudenken, wie „gleich" wir es denn haben wollen. Dieses „Gleichheit als Glück" – wenn wir es so als Tagungstitel sehen, haben wir wohl das Gefühl, das sei das was wir wollen. Aber mir begegnet sehr häufig in Debatten um Verteilungsfragen oder um alternative Gesellschaftsentwürfe der Umstand, dass diese Frage, wie „gleich" es denn zugehen soll – also jetzt durchaus in einem handfest ökonomischen, materiellen Sinn – dass das eine Frage ist, die nicht einfach zu entscheiden ist. Auch der Großteil von uns hier im Raum, Mittelschicht adressiere ich jetzt einmal, hofft ja, eher zu

denen zu gehören, die es in diesem System noch relativ gut treffen. Und was heißt denn dann mehr Gleichheit? Sehen wir in diesem Sinn Gleichheit wirklich als Glück? Warum fällt uns das jetzt im Jahr 2011 oder auch die Jahre davor, wo die Verteilungsdebatten ein Stück mehr angezündet waren, warum fällt uns das so schwer? Mir kommt dazu immer das eine Bild aus der Korruptionsdebatte in den Sinn. Da haben wir gelernt, dass es darum geht, über längere Zeit Leute „anzufüttern", damit sie dann im entscheidenden Moment anfällig sind für einen Akt der Korruption. Also es muss viele Vorleistungen geben, Vertrauensherstellung und dann - wenn ich dann eine Leistung möchte – dann habe ich das Feld ausreichend aufbereitet und es passiert das, was das Ziel der „Anfütterer" war. Und so nehme ich unsere Situation als BürgerInnen wahr. Wir sind über die Jahrzehnte wirtschaftlichen Aufstiegs – 50er, 60er, 70er Jahre – manche von uns glauben auch die 80er Jahre würden da noch dazugehören – wir sind über diese Zeiten wirtschaftlichen Aufstiegs quasi „angefüttert" worden mit dem Eindruck: „Es wird immer besser". Der Schweizer Ungleichheitsforscher und Soziologe Ueli Mäder zitiert in diesem Zusammenhang in einem Artikel die Beatles, die auch gesungen haben „It´s getting better all the time" und irgendwie möchten wir das gerne glauben. Das ist das Bild, dem wir anhängen, dass diese – wie wir ja mittlerweile aus guten Analysen wissen – Ausnahmesituation dieses langen wirtschaftlichen Aufschwungs und dieser Zunahme der Verbesserung der ökonomischen Situation Vieler der jederzeit fortsetzbare Normalzustand sein soll. Wir hoffen, dass es sich auch weiterhin für uns alles verbessern könnte, auch wenn die Zeichen schon deutlich anderes vermitteln. Durch dieses „angefüttert sein" und durch diese Lust, dass es irgendwie so weiter gehen möge, dass wir immer noch Häppchen zugeworfen bekommen, haben wir ein Stück weit übersehen oder auch übersehen wollen, dass sich der Wind schon lange gedreht hat. Der Wind hat sich schon in den 80er Jahren gedreht, seit den 80er Jahren gibt es bereits einen Rückgang des verfügbaren Einkommens bei den unteren Löhnen. Eine Tatsache, die wir glaube ich nicht ausreichend in ihrer Skandalität zur Kenntnis genommen haben. Mittlerweile wissen wir auch, dass sich über diese drei Jahrzehnte seit den 80er Jahren eine Veränderung in der Form des Kapitalismus drüber legen lässt. Wir sind gewohnt zu sagen es hat eine Verschärfung des Kapitalismus gegeben in Richtung Finanzmarktkapitalismus, wir reden von neoliberalen Verhältnissen für diese Ära. Ulrich Brand, Politikwissenschafter an der Uni Wien, bezeichnet den Neoliberalismus und seine Erfolgsgeschichte in diesen Jahrzehnten als eine „Absenkung der Kompromissbereitschaft der Vermögensbesitzenden".

Und ich finde das ist ein gutes Bild, weil es Folgendes deutlich macht: das was wir als die gute Zeit betrachten, von der wir hoffen, dass sie immer noch im Weitergehen ist, war eine historisch begründete knappe Zeit eines Kompromisses. Und dann wurde dieser Kompromiss durch die Vermögensbesitzenden einseitig aufgekündigt, wir konnten und wollten das gar nicht ausreichend mitbekommen. Es ging dann ganz stark darum, Gewinne zu maximieren und das Kapital in Händen weniger Superreicher zu konzentrieren, Fakten, die wir ja schon im ersten Referat gehört haben. Für diese Phase der Konzentration des Kapitals in den Händen weniger Superreicher kann man, glaube ich, auch wirklich von einer „Gewalt des Kapitals" sprechen. Gerade auch im Sinne des globalen Kapitalismus, weil damit eine so große Gestaltungsmacht für die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse verbunden ist.

„Wir sollen nicht merken"

Die Dynamiken der Verstärkung sozialer Ungleichheit sind in einer sehr subtilen Art und Weise organisiert. Auch dazu ist mir ein Bild eingefallen. Sie kennen vielleicht von früheren Jahren, da war sie eine sehr gesuchte und viel gelesene Autorin, Alice Miller mit diesem Buch „Du sollst nicht merken". Mir ist dieser Titel eingefallen, weil ich denn Eindruck habe, dass diese Prozesse, in denen die Zunahme sozialer Ungleichheit seit den 80er Jahren organisiert werden auch diese Überschrift haben könnten. Wir sollen eigentlich nicht merken, was im Gange ist und wie sehr die Mehrheit der Gesellschaft davon betroffen ist. Man könnte sagen, dass die Analogie zu den Arbeiten von Miller weiters darin besteht, zu glauben, dass man als besonders angepasster, sich besonders wohlverhaltender Bürger oder Bürgerin, die eher auf andere tritt als Ungerechtigkeiten zu skandalisieren, irgendwie durchzukommen und zu den GewinnerInnen oder MitläuferInnen zu gehören. In diesem Sinn ist durchaus so etwas wie ein gesellschaftlicher

Missbrauch im Gange, nicht merken zu sollen und zu wollen, was hier vor sich geht an Verstärkung sozialer Ungleichheit und das wir dazu gebracht werden es nicht als den Skandal zu sehen, der er ist.

Ich wollte am Beginn noch eine historische Sache zitieren, die mir jetzt in der Recherche untergekommen ist und wo ich gedacht habe, das könnte vielleicht auch für die emotionale Situation in der wir uns befinden, unterstützend sein. Und zwar ist das eine sehr frühe soziologische Untersuchung von Sigfried Kracauer aus dem Jahr 1930. Er hat damals in Deutschland die Angestelltenverhältnisse untersucht und daraus möchte ich kurz zitieren. Im Gespräch mit Angestellten ist er der Lage und dem Bewusstsein der Berliner Angestellten nachgegangen und hat ein Bild einer orientierungslosen Klasse gezeichnet, die, den sozialen Abstieg vor Augen, sich krampfhaft gegen unten abzugrenzen versucht: „Die Masse der Angestellten unterscheidet sich vom Arbeiterproletariat darin, dass sie geistig obdachlos ist. Zu den Genossen kann sie vorläufig nicht hinfinden, und das Haus der bürgerlichen Begriffe und Gefühle, das sie bewohnt hat, ist eingestürzt, weil ihm durch die wirtschaftliche Entwicklung die Fundamente entzogen worden sind. Sie lebt gegenwärtig ohne eine Lehre, zu der sie aufblicken kann, ohne ein Ziel, das sie erfragen könnte, also lebt sie in Furcht davor, aufzublicken und sich bis zum Ende durchzufragen." Und dieses Bild hat mich sehr angesprochen, weil ich gedacht habe, zusätzlich zu dieser möglichen Überschrift „Du sollst nicht merken" was es an sozialen Veränderungen in Richtung Ungleichheit gibt, könnte man vielleicht auch sagen, dass wir auch in so einer Situation sind, Furcht davor zu haben, aufzublicken und sich bis zum Ende durchzufragen, in welchen Verhältnissen sind wir denn und wo ist unser eigener Platz im Rahmen dieser Verhältnisse.

Arme Millionäre

Aber, die gute Nachricht kommt ja von der Credit Suisse! Martin Schürz hat schon darauf verwiesen, dass sie gerade einen Bericht veröffentlicht hat, nämlich den „Global Wealth Report" im Herbst 2010, der jetzt erst wirklich rezipiert wird. Ein Zitat daraus: „Die geschätzten 42 Billionen weltweiter Staatsverschuldung im Jahr 2009 entsprechen lediglich einem Fünftel der 195 Billionen Dollar des weltweiten Vermögens der Haushalte!" Na dann? Wo ist das Problem angesichts dieser Summen? Und dazu noch ein paar Daten aus einem auch vor kurzem erschienenen Bericht der Valuga Investment Gesellschaft, dem DACH-Vermögensreport 2012. „DACH" meint hier Deutschland, Österreich, Schweiz. Die Valuga AG, übrigens auch von einem Österreicher als Präsident geführt, ist eine international tätige Investmentgesellschaft für physische Edelmetalle und Rohstoffe, die auch Marktforschung betreibt, dazu solche Vermögensberichte herausgibt und auch „financial education" macht.

Ein paar Highlights aus diesem Bericht: Erstmals gibt es im Jahr 2011 mehr als eine Million Euro-Millionäre in diesen Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz. Beschrieben wird das so: „Millionäre auf Rekordkurs: Millionäre brechen im Jahr 2010 alle bisherigen Rekorde. Traumbedingungen an Kapital- und Rohstoffmärkten und das starke Wirtschaftswachstum verhelfen den Millionären zu ihrem neuen ‚All-time-high'." Die Vermögenskonzentration nimmt zu, die reichsten 30 Personen bzw. Familien der DACH-Region verfügen über 260 Mrd. Euro und Milliardäre bauen ihr Vermögen rascher aus als Millionäre, nämlich um 10 Prozent pro Jahr, die „armen" Millionäre nur um 8 Prozent pro Jahr. Die Staatsschuldenkrise führte zu deutlichen Umschichtungen in den Portfolios. Weg von Finanzwerten wie Aktien, Anleihen und Fonds, hin zu Sachwerten wie Immobilien, Rohstoffen, Gold und anderen Edelmetallen. Edelmetalle sind ganz offenkundig im Trend, die DACH-Millionäre verfügen über gleich viel Gold wie die deutsche Bundesbank. Der Valuga-Report bezieht sich auf diese Aussage von „die Reichen werden immer reicher" und sagt auch selber, dass diese Aussage gerne als eine unzulässige oder vereinfachende bekämpft wird. Sie würden dazu stehen, und dieses Faktum mit ihren Daten belegen. Die Credit Suisse Daten und den Valuga-Report zusammengenommen heißt also nichts anderes als, dass wir durchaus richtig sehen: Die Reichen werden immer reicher, es gibt diese Konzentration und auf der anderen Seite ist jede Reichtumsforschung, die versucht, die Daten in so einer Art und Weise aufzubereiten, wie wir es heute schon bei Herrn Schürz gehört haben, nicht davor gefeit, diskreditiert und verunglimpft zu werden. Ich hab vergangenes Wochenende in Wien Herrn Mäder, diesen schon zitierten Schweizer Ungleichheitsforscher von der

Uni Basel getroffen. Er hat ein Buch herausgebracht im vergangenen Jahr: „Wie die Reichen denken und lenken". Ihm ist in zahlreichen Medien die ganze Bandbreite an Unwissenschaftlichkeit vorgeworfen worden.

Also einerseits sozusagen ein offenes Buch, es ist so, der Reichtum nimmt zu, und auf der anderen Seite soll niemand wissen und die Wissenschaft soll dazu auch keine Beiträge liefern. Noch ein Zitat aus dem Bericht von der Credit Suisse: „Es ist zu erwarten, dass die Angehörigen des mittleren Segments," – also der viel adressierte Mittelstand, und das ist hier global gemeint – „die verschuldeten US-Haushalte als globale Wachstumslokomotive ersetzen werden". Wir haben viel erfahren in den Jahren der Krise 2008 und 2009 über die hohe Verschuldung der US-amerikanischen Haushalte, die lange Zeit das Wachstum getragen haben. Die sind jetzt draußen, aber wir sind jetzt adressiert und uns wird angekündigt: Wir dürfen die nächsten sein, die die Wachstumslokomotive ziehen. Ich weiß nicht, für ein wie tolles Angebot Sie das halten?!

Jedenfalls ist der Blick auf das Schicksal der US-Haushalte ein sehr aufschlussreicher. Nämlich gerade auch im Hinblick auf meine These: Es wird mit uns umgegangen im Sinne eines gesellschaftlichen Missbrauchs, den wir möglichst nicht merken sollen, und wir sollen uns auch nicht so in Stand setzen mit Information, Vernetzung, politischem Engagement, das wir aufblicken können und uns bis zum Ende durchfragen in welchen Verhältnissen wir derzeit eigentlich leben.

Last in, forst out!

Ich komme jetzt auf diese Kategorie, die im Untertitel meines Vortrages schon enthalten war, wer sind denn die Betrogenen und die VerliererInnen des Systems und möchte zuerst den Blick auf die hochverschuldeten US-Haushalte lenken, weil ich glaube, dass da am Plakativsten die Gesamttendenz herauskommt. „Last in, first out" meint den Zugang zu billigen Krediten, vor allem zu Immobilien - krediten. Im Sinne von politischen Veränderungen im Interesse des großen Kapitals und der neoliberalen Verhältnisse war es in den USA schon seit einigen Jahren klar, dass es unbedingt notwendig ist, auch ärmeren Bevölkerungsgruppen Zugang zur „Geldgesellschaft" zu vermitteln. „Last in, first out" richtet den Blick darauf, dass es hier zuletzt, knapp bevor dann die Finanzkrise ins Rollen gekommen ist, Frauen, in erster Linie auch schwarze, alleinerziehende Frauen, Minoritäten insgesamt waren, die zugelassen wurden zu diesen billigen Krediten, und die dann einen ganz hohen Preis gezahlt haben durch massive private Verschuldung. Sie wurden in die finanzielle Wertsteigerung des Immobilienmarktes integriert. „Wachstumslokomotive", Sie erinnern sich – also sie haben eine Wertschöpfung produziert, aber auf eigene Kosten nämlich auf einer ganz massiven Zunahme ihrer privaten Verschuldung.

In dem Zusammenhang ist es auch wichtig, sich noch einmal klar zu machen, was denn dieser Begriff der vielzitierten „Subprime-Kredite" heißt. Sie erinnern sich, dass uns das in der Krise ständig vorgesetzt wurde, als jene Kreditlinien, die durch verschiedene Verbriefungen und Sicherstellungen der Banken untereinander zu diesem Vertrauensverlust und zur Finanzkrise geführt haben. „Subprime-Kredite" sind mit höheren Zinsauflagen belastet als andere Kredite. Es ist ganz wichtig nicht zu glauben, dass das besonders günstige Kredite gewesen wären, was man annehmen könnte, weil sie ja in erster Linie dafür gedacht waren, ärmeren und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Finanzierungen zu erschließen. Im Gegenteil: Sie sind mit höheren Zinsauflagen versehen und wer sich Geld auf dem normalen Kreditmarkt besorgen konnte und wer in diese teureren Subprime-Kreditlinien hinein musste, das hat, wie nachgewiesen wird, durchaus eine ethnische und auch eine Geschlechterkomponente. Also schwarze Frauen hatten es oft viel schwerer – sogar bei besserer Einkommenssituation – in die günstigeren Kreditlinien hinein zu kommen als weiße Frauen. In manchen Analysen wird dieser Zugang zu den billigen Krediten, diese Schaffung dieses Instruments der Subprime-Kredite als „schwarze Katastrophe" bezeichnet. Darauf bezieht sich auch der nächste Punkt, nämlich der Verweis darauf, dass sich die Kredite und Einkommen bei schwarzen, alleinerziehenden Müttern katastrophal entwickelt haben im Sinne der Dimension der Verschuldung und der nicht abgesicherten Kreditvolumina und auch im Sinne der Geschwindigkeit mit der

sie nicht anders ihren Lebensalltag finanzieren konnten als über ständiges weiteres Schulden machen.

Nur eine Zahl dazu: Die Kosten der Schuldentilgung, denen sich gerade diese Haushalte gegenübersehen: 2004 mussten sie ohnehin schon 63 Prozent des mittleren Jahreseinkommens für die Schuldentilgung einsetzen, und im Jahr 2007 waren es sogar schon 72 Prozent. Das heißt, es ist völlig klar, ohne massive staatliche Sozialhilfe sind diese Haushalte konkursreif. Aber genau diese Intervention ist nicht zu sehen. Und zwar deswegen, weil hier die privaten Haushalte sich einer ganz gezielten Politik gegenübersehen. Es war eben nicht mehr gedacht, dass sie die entsprechende Verantwortung eines Staates als Partner haben, um mit ihren ganz normalen, einfachen Lebensgrundbedürfnissen über die Runden zu kommen, sondern es war eigentlich für sie nur mehr vorgesehen, dass sie, um sich den Alltag finanzieren und leisten zu können, als Gegenleistung hohe Kreditbelastungen und hohe privat verschuldete Immobilien in Kauf nehmen mussten. Das heißt die Schuldenfalle für die unteren Haushalte war kalkuliert.

Finanzialisierung des Alltagslebens

Damit kann man auch ein Stück erklären, warum die Haushalte diese teuren Kredite in einem so großen Ausmaß nachgefragt haben, weil das ja für unsere Gesellschaften unter noch relativ guten sozialstaatlichen Bedingungen immer schwierig nachvollziehbar ist, sozusagen „Können die nicht rechnen? Ja eh klar, bei dieser Einkommenssituation, warum nehme ich mir einen so teuren Kredit?" Aber es gibt kein anderes Angebot. Ein Name für diese Entwicklung, für diese gesteuerte Entwicklung in den USA ist dieser Begriff der Finanzialisierung des Alltagslebens. Das bezieht sich auf die Macht der Finanzmärkte, auf diese Hegemonie eines Kapitalismus der ganz stark über die Finanzmärkte funktioniert. Finanzialisierung ist ein Begriff aus der zweiten Hälfte der 2000er Jahre, also taucht erst sehr spät in der wissenschaftlichen Literatur auf, und hat zunächst einmal gemeint, dass sich die Zwänge und Strukturen des Finanzmarktregimes dann ganz deutlich in den Organisationsstrukturen von Unternehmen abgebildet haben. Also das ist z. B. das, wo wir mittlerweile achselzuckend resümieren, na klar, Siemens verdient mehr über seine Finanzmarktaktivitäten als in der Produktion.

Heute redet man überhaupt von einer „Finanzialisierung des Alltagslebens", der von anderen AutorInnen dann noch einmal übersetzt wird als „privatisierter Keynesanismus". Und das halte ich für einen sehr spannenden Punkt, wir haben Keynesianismus als ÖsterreicherInnen ja glaube ich relativ lieb gewonnen, auch noch in den späten 70er, vielleicht noch frühen 80er Jahren, und haben immer darunter verstanden, dass der Staat antizyklisch oder wie auch immer er es dann hingekriegt hat, investiert um Arbeitsplätze zu schaffen, Einkommen und Kaufkraft zu sichern. Und hier, von diesem staatlichen, politischen Keynesianismus ist eine Wende passiert zum privatisierten Keynesianismus, dann wird auch deutlich, warum den Haushalten am unteren Ende der Einkommensskala ihren Nöten, ihren Alltag zu decken, nichts anders mehr gegenübersteht als der Zugang zu dann eben gar nicht so billigen Kreditlinien. Privatisierter Keynesianismus hat auch geheißen, dass über Jahre Dienstleistungen privatisiert wurden, Lohnstagnation da war, wie auch in vielen europäischen Staaten, und dann waren die Menschen reif, für die Finanzierung ihres Alltags auf Verschuldung zuzugreifen oder das als Alternativlosigkeit in Kauf zu nehmen.

Diese politischen Verwerfungen werden auch formuliert als eine gezielte Veränderung der täglichen Gewohnheiten und des Risikoverhaltens der Bevölkerung, gesteuert durch Regierungsverordnungen und Aktivitäten privater Institutionen, weil z. B. diese Einrichtung der Subprime-Linien ja auf gesetzlich legitimierter Basis erfolgen. Dazu ist noch zu sagen, dass es in den USA so ist, dass Wohneigentum einerseits als Gegenfinanzierung eingesetzt wird, wenn ich einen Kredit aufnehmen will, aber andererseits auch dafür, dass es eine Altersversorgung gibt, dass ich mir möglicherweise ein Studium zahlen kann, dass ich Kreditkartenrechnungen zurückzahlen kann, dass ich eine Versicherung habe bei Arbeitslosigkeit und Krankheit. Wozu das alles herhalten soll, dieses Wohnungseigentum, das ich mir aber ohnehin mit verteuerten Krediten erst anschaffen muss, hat laut Brigitte Young, die dazu einen sehr interessanten Artikel verfasst hat, bereits perverse Dimensionen angenommen und trifft eben bestimmte Bevölkerungsgruppen ganz besonders.

Noch eine Bemerkung zu dieser Situation in den USA und dann zur Umsetzung für Österreich oder andere Länder in Europa: Bush hat schon relativ früh den Startschuss gegeben für diese Änderung der Verantwortung von Politik. Er hat die USA als eine Eigentümergesellschaft verstanden und bezeichnet und damit klar gemacht, dass so beliebte Werte, die ja auch bei uns Urstände feiern, nämlich Eigeninitiative und Selbstverantwortung die sind, die gefordert werden und womit man sich als brave BürgerIn erweist. Eine solche konservative Politik schließt Forderungen nach mehr öffentlichen Sozialdienstleistungen bereits im Ansatz aus, weil öffentliche Leistungen mit diesem Anspruch auf Eigeninitiative und Selbstverantwortung konkurrieren. Was für die USA besonders interessant ist, ist, dass es dort so was wie eine Bürgerrechtsbewegung gegeben hat auf Eigentum, d. h. es hat auch im Sinne der Emanzipationsbewegung der schwarzen Bevölkerung einen Kampf darum gegeben, Zugang zu günstigen Immobilienkrediten zu bekommen. Aber was dann kam hat sich im Sinne dieser schon zitierten „schwarzen Katastrophe" gegen die ursprünglichen Anliegen gewendet. Dann kam nämlich ein Kreditwesen mit den sogenannten „Ninja-Krediten": „No income, no job, no assets". Und das ist nur möglich gewesen weil Zinsobergrenzen dereguliert wurden und Gebühren für Kredite dereguliert wurden. In manchen Bundesstaaten der USA konnten Wucherzinsen gefordert werden im Sinne dieser Subprime-Kredite. Zusammen mit der dann in den 2000er Jahren neu erfundenen Form der Risikobegrenzung für die kreditvergebenden Banken war das dann die Melange, die zur Finanzkrise geführt hat. Das heißt, was wir für die USA sehen können aber was genauso auch für europäische Politiken in dieser Zeit gilt: Die makroglobale Dynamik der Finanzmärkte hat Druck für bestimmte innenpolitische Maßnahmen erzeugt. Hier dargelegt an der amerikanischen Eigentümergesellschaft, wo es eben nicht mehr um Sozialstaat gegangen ist, nicht mehr um Koppelung von Reallöhnen an Produktivität, sondern um die Verschuldung durch teure Kredite, um die Verschuldung durch privaten Immobilienbesitz.

Um das Pendant zu argumentieren für die Situation in Österreich: Sie kennen vielleicht den Beitrag von Niolaus Dimmel in dem Buch „Arm und reich in Österreich" (2011), der diesen schlagenden, griffigen Titel gewählt hat „Freier Fall: Privatverschuldung in der Entsicherungsgesellschaft". Sein Befund liest sich gar nicht sehr weit weg von dem, was jetzt für die USA zu analysieren war. Er konstatiert für Österreich im letzten Jahrzehnt einen neuen Typus des Schuldners oder der Schuldnerin. Er sieht für diese Phase auch in Österreich Schuldenmachen als Teil der regulären Haushaltsökonomie unterer Mittelschichten. Was also auch nichts anderes meint als dass die Bedienung eines bestimmten Lebensniveaus, die Kompensation von Ausfällen von Transferleistungen, von Einkommen auch in Österreich bereits dazu führt, dass zum Teil über Kreditaufnahmen, Ausleihungen welcher Art auch immer das Schuldenmachen bereits zum Teil der regulären Haushaltsökonomie werden muss, und das bei unteren Mittelschichten.

Dimmel beschreibt weiters eine Spaltung der „Armutsklientel" in zwei, in jedem Fall sehr bedenkliche, Richtungen. Die einen gehen angesichts der Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation in den extremen Verzicht, gehen in die Depression und in die Autoaggression, und die anderen versuchen, über ein „irrationales risktaking" irgendwie aus dieser Situation wieder herauszukommen. Sei es jetzt dass sie spielen, Kredit betrügen, wie auch immer. Jedenfalls versuchen sie auf eine irrationale Weise aus dieser Schuldenfalle herauszukommen, die sie nicht erwischt hat, weil sie völlig über ihre Verhältnisse gelebt haben, sondern weil es eben diese Einsparpolitik gegeben hat, wo Schürz auch sagt, das trifft dann dezidiert die Armen. Und weil es Einbrüche in der Einkommenssituation gegeben hat.

Vielleicht nur kurz erwähnen möchte ich die Situation in Großbritannien. Am Montag dieser Woche hat – organisiert vom Netzwerk Grundeinkommen – eine interessante Buchpräsentation in Wien stattgefunden. Guy Standing war hier, er ist Wirtschaftswissenschafter und hat lange bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf für deren sozioökonomisches Programm gearbeitet. Er hat ein Buch geschrieben „Das Prekariat, die neue, gefährliche Klasse". Er beschreibt dieses Prekariat für Großbritannien im Sinne der „primitiven Rebellen", was er sympathisierend meint und sich vor allem auf die Frage bezieht, ob hier eine neue Klasse entsteht? Er sagt, es ist noch keine Klasse an sich, aber es ist eine Klasse im Entstehen. Worum es hier geht, ist sehr

viel Selbst-Empathie, dass die Prekarisierten nämlich sich selber sehen und verstehen, wo sie in der Gesellschaft hingeraten sind und was dort ihre gesellschaftliche Rolle ist.

Neues Prekariat

Dafür wird gekämpft, so gut und so schlecht man halt schon weiß, wofür der Kampf zu führen ist oder auch wogegen. In dieser Klasse sind eigentlich wir alle – das Prekariat ist auch dazu da, um eine Drohung darzustellen, für alle die glauben, sie würden sich noch auf der sicheren Seite in dieser Gesellschaft befinden. Es sind die „Grinners" und die „Groaners" drinnen, wie er das nennt, diejenigen die versuchen, mit einem Lächeln im Gesicht, zehn Diplomen in der Tasche und drei Praktika immer noch irgendwie zu beschönigen in welcher mühsamen Lage sie sind, aber auch diejenigen, die nicht mehr anders können, als zu jammern. Es geht auf alle Fälle um eine Gruppe, die chronische Unsicherheiten zu bewältigen hat und immer weniger Rechte verbrieft bekommt. Damit zeigt sich noch einmal deutlich dieses Demokratieproblem, das wir ja haben. Und was auch noch einmal herauskommt: Es ist eine Gruppe, die keine Zukunft hat im Hinblick auf stabile soziale Beziehungen. Wo weder Erwerbsarbeit noch private Beziehungen es mit sich bringen, dass man ein Morgen hat für die Beziehungen, die man beispielsweise am Arbeitsplatz knüpft. Guy Standing meint, wir sollten zorniger sein gegenüber dieser Entwicklung eines Prekariats, viel zorniger als wir jetzt sind. Vor allem wenn er auch Beispiele anführt, wie nach den Unruhen in Großbritannien einer der amtierenden Minister gemeint hat, man sollte doch den Zugang zu sozialen Wohnungen vor allem für jene vorsehen, die zumindest in den letzten vier Jahren einen Job hatten.

Als ob das Grundrecht auf Wohnen irgendwie mit irgendwas korrelieren würde. Es wurden auch bereits flächendeckende Urin-Untersuchungen vorgeschlagen für Sozialleistungsbeziehende um testen zu können, ob hier irgendein Drogenkonsum im Spiel ist. Das heißt, was Sie sehen ist, das Kapital will einerseits das Prekariat, weil es wieder eine Form sozialer Ungleichheit ist, die den Kapitalismus am Laufen hält. Und uns wird aber glauben gemacht, dass es hier darum geht, auf das Verhalten von Menschen zu schauen, und das Slogans wie „Fördern und Fordern" etwas anderes sein würden, als ein ziemlich eindeutiger workfare-state.

Insgesamt glaube ich ist das Problem, dass uns versucht wird glauben zu machen, dass es gut ist, Armut, Ungleichheit und Prekarisierung als ein Problem der Kultur, als ein Problem der Persönlichkeiten dieser Menschen zu sehen und nicht als ein strukturell systemisch politisches Problem.

Es geht darum zu sagen, da gibt es eine eindeutige Differenz, „Du bist ja eh nicht gemeint, weil du bist eine Gute", es geht um kulturalistische Zuschreibungen, wie abhängiges Prekariat und bildungsunwillige Unterschicht – das kennen wir vor allem aus der deutschen Debatte – es geht in Richtung eines Kulturkampfes á la Hartz IV. Schürz hat von einem „Pimperlsteuersatz" gesprochen für die ganz Reichen, es geht auch um „Pimperlsätze", wenn in Deutschland der Kulturbeitrag innerhalb der Hartz IV-Leistung diskutiert wird, wo dann Kindern in Hartz IV-Familien ein Euro pro Tag zugestanden wird. Das reicht nicht einmal für zwei Bücher im Monat und auf der anderen Seite wird vorgeführt an allen möglichen und unmöglichen Stellen wie bildungsunwillig diese Unterschicht ist.

Ich hoffe es wird deutlich, wie wichtige es ist, nicht den Kopf zu verlieren und klar zu haben: Es geht um soziale Gerechtigkeit, es geht um Probleme kapitalistischer Vergesellschaftung, um Verteilungsprobleme und um den mühsamen Weg der Veränderung struktureller Rahmenbedingungen. Und in Richtung Bedarfsprüfungen sei an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt, weil das für die österreichische Debatte besonders wichtig ist, Bedarfsprüfungen sind immer auch Verhaltensprüfungen. Daran kann man eigentlich nicht wirklich vorbei.

Kulturalisierung der Armut

Wer sind AkteurInnen der Ungleichheit im Sinne dieser Kulturalisierung von Armut? Es sind Einzelpersönlichkeiten, Sloterdijk oder auch Sarrazin. Was auch immer den steirischen Bauernbund dazu gebracht hat, diesen Herren (Sarrazin, Anmk.) eingeladen zu haben, erschließt sich mir nicht. Und ein bisschen scharf ins Gerede bringe ich hier auch den ja gerade sein Amt zurücklegenden Vorarlberger Landeshauptmann Sausgruber, und zwar deswegen, weil er in einem Interview letztes Wochenende im „Der Standard" gemeint hat, auf die Frage: „Was ist sein Patent-

rezept dafür, dass Vorarlberg seinen Staatshaushalt ganz gut in Ordnung hält?": Selbstorganisation in der Familie und Ehrenamt. Das ist das Rezept, das die Staatsquote niedrig hält und das ist die Schraube an der man drehen kann. Und was ist es dann für ein Bild, also vielleicht meint er es nicht so böse, wie es für mich daher kommt, wenn ich an dieser Schraube für mich selber aufgrund meiner prekären Verhältnisse nicht mehr drehen kann? Selbstorganisation in der Familie und ehrenamtliche Tätigkeit – dann bin ich sozusagen eine schlechte Arme.

Die Interessensvertretungen arbeiten auch in sehr unterschiedlichen Art und Weise an dieser Kulturalisierung von Armut. Etwa mit einer Aussage wie jener, die zunehmenden Ausgaben für Berufsqualifikation auf überbetrieblicher Ebene müssen ja eigentlich nicht sein, weil es ist ja nur ein Anliegen der Politik, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz hat. Auch eine Sichtweise.

Die Gewerkschaften drehen, wie ich finde, auch ein Stück daran, weil sie jetzt in den Lohnverhandlungen vor allem sagen, es ginge um die Kaufkraftsicherung. Ich finde das zu schmal gesetzt, weil das schaut so aus als ob wir unser Einkommen nur mehr dafür bräuchten, um konsumieren zu können und es wird nicht mehr adressiert, dass es ja in vielen Haushalten bereits an den Energiekosten krankt, bei den Ausbildungskosten für die Kinder, das müsste eigentlich viel deutlicher dazugesagt werden.

Meine Frage ist jetzt nach den ProfiteurInnen und MitläuferInnen. Sind diese selber AkteurInnen der Ungleichheit und wie sehr ist ihnen bewusst, dass sie gleichzeitig auch zu den Betrogenen und zu den VerliererInnen gehören? Ich glaube, das ist wichtig für die Frage, wie wir miteinander den Diskurs führen und auf welche Ziele hin. Wenn wir uns anschauen, dass es einen durchgehenden und sehr deutlichen Rückgang der Lohnquote am gesamten Volkseinkommen gibt, dann wird auch immer deutlicher, dass wir, die wir von unselbständiger Arbeit leben müssen, eine immer geringere Chance haben, durch unselbständige Erwerbsarbeit unsere Existenz zu sichern.

Dafür dass Erwerbsarbeit im bestehenden System immer noch die beste Versicherung gegen Armut ist – je nachdem, an welchem Eck des Arbeitsmarktes man hängt – dafür sind die Handlungsspielräume und das Gestaltungspotenzial für die Einzelnen, einen Zugang zu einem existenzsichernden Arbeitsplatz zu bekommen, verdammt gering. Und in diesem Sinne ist es vielleicht eine Frage, wie sehr wollen wir merken, was rund um uns passiert, lieber Selbstbetrug oder lieber Selbsterkenntnis, um dieses Bild aus dem Buch von Ulrike Herrmann zu zitieren „Der Selbstbetrug der Mittelschicht: Hurra, wir dürfen zahlen". Ein Text der für mich die Botschaft, die ich versucht habe, rüberzubringen, noch einmal stark bündelt, ist ein Text von Marlene Streeruwitz, den sie schon 2007 geschrieben hat: „Es sagt alles über die Verhältnisse der Zeit" ist so eine immer wiederkehrende Metapher in diesem Text, und sie stellt hier zwei ProtagonistInnen einander gegenüber. Nämlich einen Banker, der zu dieser Zeit angeklagt war aufgrund der Verluste, die „seine" Bank durch Spekulationsgeschäfte gemacht hatte, und auf der anderen Seite eine gut ausgebildete, junge Frau aus dem Prekariat. Der Spekulant mit seiner Strategie gegen Schuldabwehrung sah und sieht sich als nicht schuldig. Sie, das gut ausgebildete Mitglied des Prekariats, diese junge Frau konnte aber nie so weit kommen, sich zu entscheiden, passe ich mich an die Verhältnisse an oder stelle ich mich gegen den Sturm – letztendlich wählt sie in einer dramatischen Art und Weise den geringen Entscheidungsspielraum, den sie über ihre eigenen Verhältnisse hat und geht in den Selbstmord. Streeruwitz: „Es sagt alles über die Verhältnisse der Zeit. Sie war in den Verhältnissen ihrer Generation gefangen, die sehr viel mit den Verhältnissen des Spekulanten zu tun haben."

Ich bin gespannt auf die Diskussion.

ARCHIVES

Workshop A

Mehr Gleichheit und mehr Gesundheit

Andreas Mielck

In letzter Zeit häufen sich in Deutschland nicht nur die Armutsberichte, sondern auch die Berichte über den Zusammenhang zwischen der sozialen Ungleichheit einerseits und dem Gesundheitszustand andererseits. In einer kaum mehr überschaubaren Vielzahl von Arbeiten ist immer wieder gezeigt worden, dass Personen mit niedrigem sozialen Status zumeist einen besonders schlechten Gesundheitszustand aufweisen, dass sie kränker sind und früher sterben als Personen mit höherem sozialen Status (Mielck 2005, Richter/Hurrelmann 2009). In der wissenschaftlichen Diskussion wird dieser Zusammenhang zwischen Sozialstatus und Morbidität bzw. Mortalität als *„gesundheitliche Ungleichheit"* bezeichnet. Wichtig ist nicht nur die Existenz, sondern auch das Ausmaß dieser gesundheitlichen Ungleichheit. Im Folgenden werden dazu einige zentrale Ergebnisse vorgestellt

Mortalität und Lebenserwartung

Das Ausmaß der gesundheitlichen Ungleichheit zeigt sich besonders deutlich bei Analysen zur Lebenserwartung. Zur Beschreibung des sozioökonomischen Status wird in diesen Studien zumeist das Einkommen verwendet. Um (Einkommens-) Armut berechnen zu können, wird das „Äquivalenz-Einkommen" benötigt. Dabei wird das Netto-Einkommen aller Personen pro Haushalt addiert und anschließend nach Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder gewichtet. Wenn eine Person in einem Haushalt lebt, der nur über maximal 60% des durchschnittlichen Äquivalenz-Einkommens verfügt, dann wird sie der Gruppe „einkommensarm" zugeordnet. Der Zusammenhang mit der Lebenserwartung ist zum Beispiel von Lampert et al. (2007) untersucht worden: Es wurden fünf Einkommensgruppen unterschieden (maximal 60% des durchschnittlichen Äquivalenz-Einkommens, 61–80%, 81–100%, 101–150%, mehr als 150%). Die untere Gruppe kann dabei als „arm" und die obere Gruppe als „reich" bezeichnet werden. Die Analysen zeigen, dass die Männer aus der „reichen" Gruppe ca. 10 Jahre länger leben als die Männer aus der „armen" Gruppe. Ein ganz ähnlicher Zusammenhang zeigt sich auch bei Frauen.

Morbidität und Gesundheitszustand

Bundesweit repräsentative und aktuelle Daten zur gesundheitlichen Lage der Erwachsenen in Deutschland liegen aus der Studie „Gesundheit in Deutschland (GEDA)" vor (RKI 2010). Zwischen Juli 2008 und Juni 2009 wurden ca. 21.000 Männer und Frauen (Alter ab 18 Jahre) telefonisch befragt. Die Analysen zeigen: Die meisten gesundheitlichen Beschwerden treten in der unteren Bildungsgruppe besonders häufig auf. Auf die Frage, wie man den eigenen Gesundheitszustand einschätzt, wird in dieser Gruppe besonders oft mit „schlecht" geantwortet. Das gleiche Bild zeigt sich bei chronischen Erkrankungen, also zum Beispiel bei Herzkreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Krebs oder chronischen Atemswegserkrankungen: die Prävalenz (d.h. der Anteil der Erkrankten) ist in der unteren Bildungsgruppe zumeist besonders hoch.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der psychischen Gesundheit. Die Frage, ob man sich in den letzten vier Wochen 14 Tage oder länger seelisch belastet gefühlt hat, wird von den Angehörigen der unteren Bildungsgruppe besonders häufig bejaht. Ein schlechter Gesundheitszustand ist auch und vor allem dann ein Problem, wenn er mit Einschränkungen bei den alltäglichen Aktivitäten verbunden ist. Die Frage, ob man in den letzten sechs Monaten in Folge einer Erkrankung in seinen alltäglichen Aktivitäten „erheblich eingeschränkt" war, wird von den Erwachsenen mit niedriger Bildung besonders häufig bejaht (Abbildung 1). Diese gesundheitliche Ungleichheit ist wieder in allen Altersgruppen zu sehen, und zwar sowohl bei Frauen als auch bei Männern.

Diese Ergebnisse aus der GEDA-Studie werden durch andere Studien vielfach bestätigt. Die oben vorgestellten Ergebnisse beziehen sich auf Erwachsene. Umfangreiche Daten zur gesundheitlichen Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen lassen sich vor allem den Analysen der KiGGS-Studie entnehmen.

An dieser Studie haben bundesweit ca. 17.600 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 0 und 17 Jahren teilgenommen. Die im Bundesgesundheitsblatt publizierte „Basispublikation" beinhaltet

Experte

Andreas Mielck
Helmholtz Zentrum München – Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen

Diskutantinnen

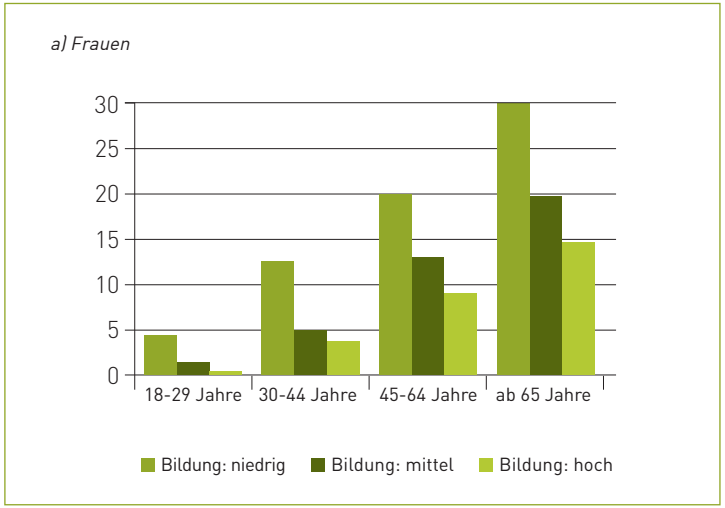
Cornelia Schmidjell
Sozial- & Gesundheitslandesrätin Salzburg

Karin Hofer
Salzburger Gebietskrankenkasse

Moderation

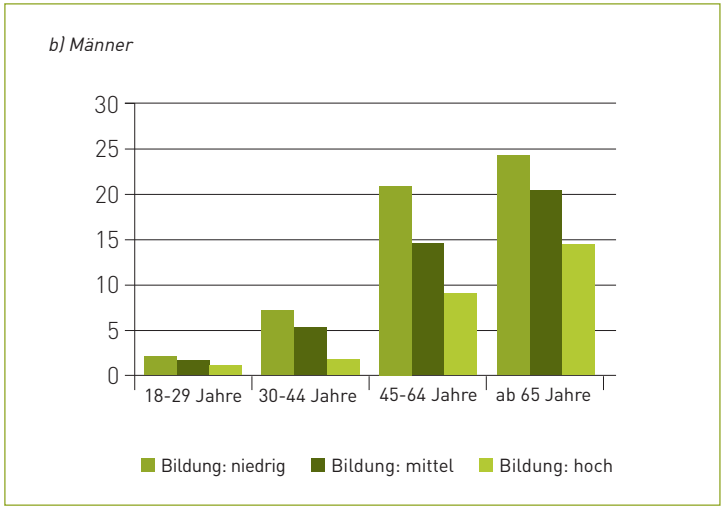
Elfi Geiblinger
ORF Salzburg

Abb. 1: Erhebliche Einschränkung bei den alltäglichen Aktivitäten in Folge einer Erkrankung (Angaben in %)



Quelle: Daten der GEDA-Studie 2009 (RKI 2010, S. 32)

Abb. 1: Erhebliche Einschränkung bei den alltäglichen Aktivitäten in Folge einer Erkrankung (Angaben in %)



Quelle: Daten der GEDA-Studie 2009 (RKI 2010, S. 32)

eine Vielzahl von Auswertungen. Der soziale Status wurde dabei mit Hilfe von Angaben der Eltern zu ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung, zu ihrer beruflichen Stellung und zu ihrem Haushaltsnettoeinkommen bestimmt. Die Analysen zeigen zum Beispiel, dass Verkehrsunfälle und psychische Auffälligkeiten bei den Kindern aus statusniedrigen Familien besonders häufig vorhanden sind. Der Zusammenhang mit den psychischen Auffälligkeiten zeigt sich auch dann, wenn man die Analyse auf eine wohlhabende Stadt wie München und auf Schulanfänger beschränkt: Bei den Kinder, deren Eltern eine niedrige Schulbildung aufweisen, werden psychische Auffälligkeiten besonders häufig festgestellt (Perna et al. 2010).

Erklärungsansätze

Es gibt eine Vielzahl von Modellen zur Erklärung der gesundheitlichen Ungleichheit. Alle versuchen, die Diskussion übersichtlicher zu gestalten, zu bündeln, und einige zentrale Aussagen zu betonen. In diesem Sinne ist vom Verfasser vor einigen Jahren ein einfaches Modell vorgestellt worden, welches seitdem in Deutschland häufig verwendet wird (Abbildung 2). Es soll vor allem die folgenden Aussagen hervorheben:

- Das Gesundheitsverhalten (z.B. Rauchen) wird maßgeblich geprägt durch die Lebensverhältnisse, durch das Zusammenwirken von Belastungen und Ressourcen.
- Die Lebensverhältnisse beeinflussen den Gesundheitszustand direkt und über das Gesundheitsverhalten auch indirekt. Maßnahmen zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit sind daher vor allem dann erfolgversprechend, wenn sie bei den Lebensverhältnissen ansetzen.
- Berücksichtigt werden müssen auch die Unterschiede in der gesundheitlichen Versorgung. Sie können vorhanden sein beim Versorgungsangebot (z.B. durch Unterschiede zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung), bei der Inanspruchnahme (z.B. durch finanzielle Barrieren in Form von Zuzahlungen) und bei der Qualität (z.B. durch Art und Dauer des Arzt-Patienten-Gespräches).

Die kausale Richtung „Armut macht krank" (vgl. die nach *unten* gerichteten Pfeile) ist für die Erklärung der gesundheitlichen Ungleichheit wichtiger als die kausale Richtung „Krankheit macht arm" (vgl. den nach *oben* gerichteten gepunkteten Pfeil).

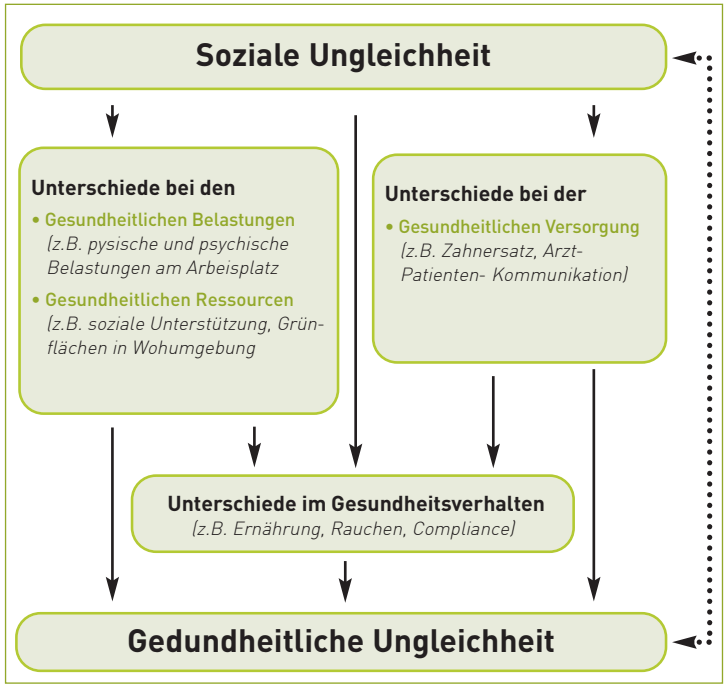
Einige der in diesem Modell postulierten Zusammenhänge konnten empirisch schon gut belegt werden (Mielck 2005, Richter/Hurrelmann 2009). Die meisten Ergebnisse über soziale Unterschiede bei gesundheitlichen Risiken liegen zu den folgenden Themen vor: Rauchen, Übergewicht, Bluthochdruck, Hypercholesterinämie, Mangel an sportlicher Betätigung.

Die Betonung dieser fünf Themen basiert vor allem auf ihrer Bedeutung für die Entwicklung kardiovaskulärer Erkrankungen. Gemeinsam ist ihnen auch die enge Verbindung zum individuellen Gesundheitsverhalten. In der bereits oben erwähnten Studie „Gesundheit in Deutschland (GEDA)" konnte z.B. gezeigt werden, dass die gesundheitlichen Belastungen durch Rauchen, Adipositas und wenig sportliche Aktivität in der unteren Bildungsgruppe besonders groß sind (RKI 2010).

Gesundheitliche Ressourcen wurden vergleichsweise wenig untersucht; die vorhandenen Arbeiten konzentrieren sich zumeist auf das Thema „soziale Unterstützung„. Diese Unterstützung ist eine wichtige Ressource zur Aufrechterhaltung der Gesundheit auch in Zeiten hoher Belastung (Berkman/Glass 2000). In der GEDA-Studie wurde zum Beispiel danach gefragt, ob man sich bei persönlichen Problemen auf die Hilfe anderer Menschen verlassen kann und ob sich andere Menschen dafür interessieren, wie es einem geht. Die Antworten zeigen wieder ein klares Bild: Geringe Unterstützung erhalten vor allem die Personen aus der unteren Bildungsgruppe, sowohl bei Frauen als auch bei Männern und in allen Altersgruppen.

Bei der Diskussion über gesundheitsrelevante Verhaltensweisen wie Rauchen oder sportliche Betätigung darf nicht vergessen werden, dass dieses Verhalten maßgeblich durch die Lebens - verhältnisse geprägt wird, d.h. durch das Zusammenwirken von Belastungen und Ressourcen. Die Lebensverhältnisse können den Gesundheitszustand direkt beeinflussen, zum Beispiel durch das Wohnen an einer lauten Straße. Über das Gesundheitsverhalten sind auch indirekte Einflüsse möglich; fehlende Grünflächen in der Wohnumgebung erschweren zum Beispiel die sportliche Aktivität. Empirisch belegt sind diese Zusammenhänge jedoch erst ansatzweise. Beim Thema „gesundheitliche Ungleichheit" ist die einseitige Betonung des Gesundheits-Verhaltens besonders brisant. Zum einen wird hier oft unterstellt, dass individuelles Gesundheitsverhalten weitgehend frei gewählt werden kann. Es spricht jedoch vieles dafür, dass eine bessere Bildung, ein höherer beruflicher Status und ein höheres Einkommen objektiv und subjektiv mit größeren Handlungsspielräumen verbunden sind. Es wäre demnach „unfair„, bei den Personen aus der unteren Statusgruppe die gleiche Flexibilität im Verhalten vorauszusetzen wie bei den Personen aus höheren Statusgruppen. Zum anderen besteht die Gefahr, dass durch die Fokussierung auf das individuelle Verhalten „das Opfer zum Schuldigen" gemacht wird. Eine derartige Schuldzuweisung kann schnell zu einer zusätzlichen Diskriminierung und damit zu einer zusätzlichen gesundheitlichen Belastung führen.

Abb. 2: Modell zur Erklärung der gesundheitlichen Ungleichheit



Quelle: Mielck 2005

Politische Absichtserklärungen

Von Gesundheitswissenschaftlern und auch von (gesundheits)-politischen Akteuren wird in letzter Zeit immer deutlicher gefordert, die Probleme der gesundheitlichen Ungleichheit nicht nur zu

beschreiben, sondern sie so weit wie möglich zu verringern. Wie kaum anders zu erwarten, wird die Frage nach dem „Wie" dabei sehr unterschiedlich beantwortet, auch weil das Wissen über die Ursachen der gesundheitlichen Ungleichheit noch sehr lückenhaft ist.

Politische Absichtserklärungen zu finden ist nicht schwer. Sie beziehen sich zum einen auf die Verringerung der sozialen Unterschiede beim Zugang zur Bildung. In der „Dresdener Erklärung" vom 22. Oktober 2008 zur „Qualifizierungsinitiative für Deutschland: Aufstieg durch Bildung„[1] bekennen sich Bundesregierung und Länder zu folgenden Zielen: „Jedes Kind soll bestmögliche Startbedingungen haben" (S. 7). „Jede und jeder soll die Chance zum Aufstieg durch Bildung haben" (S. 11). Angestrebt wird auch der Abbau sozialer Ungleichheiten; so wird z.B. gefordert: Bis 2015 soll der Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss von derzeit ca. 8% auf ca. 4% halbiert werden. Bis 2015 soll der Anteil junger Erwachsener ohne abgeschlossene Berufsausbildung von derzeit ca. ca.17% auf ca. 8,5% halbiert werden (S. 8). Im „Bildungsbericht 2010„[2] wird ebenfalls deutlich auf die Probleme der sozialen Ungleichheit hingewiesen. Im Teilbericht „Wichtigste Ergebnisse im Überblick" schreiben die Autoren z.B.: „Die in unterschiedlichen Abschnitten einer Bildungsbiografie eingeschlagenen Wege unterscheiden sich insbesondere nach Geschlecht, sozialer Herkunft und Migrationsstatus. Sie führen zu Disparitäten der Bildungsbeteiligung und damit zu Unterschieden in den Bildungs- und Lebenschancen. Diese zunehmenden segregativen Erscheinungen stehen im Gegensatz zu der Inklusions- und Integrationsaufgabe des Bildungswesens. Eine zentrale Herausforderung besteht daher darin, allen jungen Menschen über ein dem gesellschaftlichen Entwicklungsniveau angemessenes Bildungsniveau die soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen" (ebenda, S. 13).

Bezogen auf das Ziel „Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit" lassen sich ebenfalls verschiedene politische Absichtserklärungen finden (Mielck 2008). Im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung[3] steht zum Beispiel: „Bildung hat auf die Gesundheit verschiedene Auswirkungen. Durch den engen Zusammenhang zwischen formalen Bildungsabschlüssen und der Stellung in der Arbeitswelt ergeben sich Bezüge zu berufsbezogenen Belastungen und Entwicklungsmöglichkeiten sowie zur Einkommenssituation. Bildung drückt sich außerdem in Wissen und Handlungskompetenz aus, die eine gesundheitsförderliche Lebensweise und den Umgang mit Belastungssituationen unterstützen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Einstellungen, Überzeugungen und Werthaltungen, die sich bereits früh im Leben unter dem Einfluss der elterlichen Erziehung und der Bildungs - institutionen entwickeln" (BMAS 2008, S. 102).

Diese wenigen Zitate mögen verdeutlichen, dass die „Botschaft" bei den (gesundheits)-politischen Akteuren durchaus angekommen ist. Die Probleme der sozialen Ungleichheit (die auch und vor allem auf ungleiche Bildungs-Chancen zurückzuführen sind) werden thematisiert. Wahrgenommen wird auch, dass gesundheitliche Ungleichheiten bestehen und dass sie verringert werden sollten. Es wird zudem akzeptiert, dass bloße Appelle zur Verbesserung des Gesundheitsverhaltens auch und gerade in den unteren Statusgruppen wenig Aussicht auf Erfolg haben. Jetzt geht es um die Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen zur praktischen Umsetzung dieser Absichtserklärungen. Noch ist weitgehend unklar, wie sich die allgemeine Zielsetzung „Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit" konkretisieren und quantifizieren lässt (Mielck et al. 2009). Vor allem brauchen wir mehr Wissen darüber, welche Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention bei den Personen aus der unteren Statusgruppe besonders erfolgversprechend sind. Auch hier sind wir noch am Anfang. Bis vor wenigen Jahren war noch nicht einmal bekannt, welche der bereits vorhandenen Maßnahmennahmen sich vor allem an die sozial Benachteiligten richten. Seit 2003 wird in einem großen Projekt versucht, zumindest diese Informationslücke schrittweise zu schließen[4]. Die hier aufgebaute Internet-Plattform „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten" ist frei zugänglich und beinhaltet Informationen von ca. 2.000 Projekten in Deutschland. Zur besseren Vernetzung vor Ort sind in den 16 Bundesländern „regionale Knoten" eingerichtet worden. Wichtig zu erwähnen ist auch, dass im Rahmen dieses Projektes 12 Kriterien zur Ermittlung von „Models of Good Practice" entwickelt wurden. Von einer „konzertierten Aktion" zur Verringerung der Gesundheitlichen Ungleichheit sind wir aber noch weit entfernt.

Ausblick

Die politischen Forderungen, die sich aus den empirischen Studien zur gesundheitlichen Ungleichheit ergeben, werden besonders deutlich in einem aktuellen Dokument aus England beschrieben (Marmot 2010). Das englische Beispiel ist hier von großer

Bedeutung; in keinem anderen europäischen Land ist schon seit Jahren so viel politischer Wille zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit zu erkennen. Es mangelt hier auch nicht an großangelegten staatlichen Interventionen zur Erreichung dieses Ziels. Die umfangreichen Erfahrungen und Diskussionen lassen sich demnach so zusammenfassen (Whitehead/Popay 2010):

- Die Forderung nach mehr gesundheitlicher Chancengleichheit lässt sich unmittelbar aus der ethischen Forderung nach Fairness und sozialer Gerechtigkeit ableiten.
- Die gesundheitlichen Ungleichheiten lassen sich auf soziale Ungleichheiten zurückführen, die ihrerseits auf politischen Entscheidungen beruhen.
- Maßnahmen zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit müssen auch und vor allem bei den sozialen Ursachen ansetzen, d.h. nicht nur beim individuellen Gesundheitsverhalten der einzelnen Menschen und nicht nur bei der gesundheitlichen Versorgung.

Das Interesse am Thema „soziale Ungleichheit und Gesundheit" ist in den letzten Jahren ständig gewachsen. In mehreren Büchern und vielen Zeitschriftbeiträgen ist immer wieder gezeigt worden, dass Personen mit wenig Bildung, geringem Einkommen und/oder niedrigem beruflichen Status besonders häufig erkranken und früh sterben. Der Forschungs- und Diskussionsbedarf ist jedoch nicht kleiner geworden, ganz im Gegenteil. Wir beginnen gerade erst zu verstehen, wie komplex die Ursachen dieser gesundheitlichen Ungleichheit sind und wie schwierig es ist, diese Ungleichheit zu verringern. Die Liste der Aufgaben ist lang. Es wird immer deutlicher, dass wir bei der Suche nach Ursachen und Interventionsmöglichkeiten noch erheblich präziser und konkreter werden müssen. Es werden viele neue Fragen gestellt, und schon diese Vielfalt zeigt, wie differenziert die Diskussion inzwischen geworden ist. Um nur einige zu nennen: Wie können wir entscheiden, welche gesundheitliche Ungleichheit besonders problematisch ist? Welche Akteure können welchen Beitrag zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit leisten? Wie können wir sicherstellen, dass die Personen, deren Gesundheitszustand verbessert werden soll, schon an der Planung einer Interventionsmaßnahme beteiligt sind? Antworten liegen bisher kaum vor. Große Einigkeit besteht jedoch darin, dass diese Fragen wichtig sind und schrittweise beantwortet werden müssten.

LITERATUR:

Berkman LF, Glass T [2000]: Social Integration, Social Networks, Social Support, and Health. In: LF Berman, I Kawachi [eds.]: Social Epidemiology. Oxford: University Press, 137-173.

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hrsg.) [2008]: Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.

Lampert T, Kroll LE, Dunkelberg A [2007]: Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ); 42: 11–18.

Marmot M [2010]: Fair society, healthy lives. Strategic review of health inequalities in England post-2010. London: The Marmot Review.

Mielck A [2005]: Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Einführung in die aktuelle Diskussion. Bern: Verlag Hans Huber.

Mielck A [2008]: „Die Ärzte sind die natürlichen Anwälte der Armen" – Der Beitrag von Ärzten zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit. Dtsch. Med. Wochenschr.; 27: 1457–1460.

Mielck A, Altgeld T, Reisig V, Kümpers S [2009]: Quantitative Zielvorgaben zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit. Lernen von England und anderen westeuropäischen Staaten. In: M Richter, K Hurrelmann (Hrsg.), a.a.O., 459–477.

Perna L, Bolte G, Mayrhofer H, Spieß G, Mielck A [2010]: The impact of the social environment on children's mental health in a prosperous city: an analysis with data from the city of Munich. BMC Public Health; 10: 135.

Richter M, Hurrelmann K (Hrsg.) [2009]: Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlage, Probleme, Perspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

RKI (Robert Koch-Institut) (Hrsg.) [2010]: Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell 2009" Beitrage zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin: RKI.

Whitehead M, Popay J [2010]: Swimming upstream? Taking action on the social determinants of health inequalities. Soc. Sci. Med.; 71(7): 1234–1236.

(letzter Zugriff auf die angegebenen Internet-Seiten: 25. November 2011)
1 — www.kiggs.de
2 — www.bmbf.de/pub/beschluss_bildungsgipfel_dresden.pdf
3 — www.bildungsbericht.de
4 — www.bmas.de
5 — www.gesundheitliche-chancengleichheit.de

Armutskonferenz 20.10.2011
• Verteilungswirkungen der Finanzkrise
• Ansatzpunkte einer verteilungspolitischen Offensive
• Auswirkungen von mehr Gleichheit

Workshop B

Mehr Gleichheit führt zu mehr Wohlstand und Beschäftigung

Markus Marterbauer

Experte
Markus Marterbauer
Arbeiterkammer Wien

DiskutantInnen
Brigitta Pallauf
Salzburger Landtag, VP

Margit Pfatschbacher
Salzburger Landtag, SP

Cyriak Schwaighofer
Salzburger Landtag, Grüne

Friedrich Wiedermann
Salzburger Landtag, FP

Moderation
Karin Zauner
Salzburger Nachrichten

Die EU-Länder befinden sich mitten in einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise, die eine massive Zunahme der Ungleichheit mit sich bringt. Infolge der Finanzkrise kam es vor allem zu einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit: Die Zahl der Arbeitslosen liegt Ende 2011 in der EU bei fast 24 Millionen, damit um 7,5 Millionen höher als vor der Finanzkrise und der Trend weist weiter stark nach oben; in 18 von 27 EU-Mitgliedsländern beträgt die Jugendarbeitslosenquote mehr als 20% der Erwerbspersonen, in Spanien und Griechenland erreicht sie bald die Marke von 50%. 40% der Arbeitslosen sind langzeitarbeitslos. Damit steigt die Armutsgefährdung, die in der EU schon heute 80 Millionen Menschen erfasst. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise erhöht sich die Rate der Armutsgefährdung von derzeit 16% der Bevölkerung massiv, ganz im Gegensatz zum offiziellen Ziel der Europäischen Union, das bis 2020 eine Reduktion der Zahl der armutsgefährdeten Menschen um ein Viertel vorsieht.

Obwohl der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich Dank einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik relativ verhalten ausfiel, liegt die Zahl der Arbeitslosen auch bei uns um 50.000 höher als vor der Krise und sie steigt seit Mitte 2011 wieder. Die hohe Arbeitslosigkeit wird auch langfristig die Ungleichheit in der Wirtschaft verschärfen, nicht nur wegen der Folgen für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch weil Massenarbeitslosigkeit zu einer Verschiebungen der Verhandlungsmacht zu Lasten der Gewerkschaften und damit zu niedrigeren Lohnerhöhungen führt.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat wegen der hohen Kosten der Rettungspakete für die Banken und der Steuerausfälle in der konjunkturellen Rezession zudem zu einem markanten Anstieg der Staatsschulden geführt. In der EU erhöhte sich der Anteil der Staatsschulden am BIP von 59% im Jahr 2007 auf 82% im Jahr 2011; in Österreich fiel der Anstieg verhaltener aus (von 60% auf 72% der Wirtschaftsleistung), dennoch wurden infolge der Finanzkrise innerhalb von vier Jahren fast 30 Milliarden Euro mehr an Staatsschulden angehäuft. Viele Länder reagieren auf die hohen Staatsschulden und die Probleme der Refinanzierung mit umfangreichen Sparpaketen, die meist massive Kürzungen im Sozialstaat mit sich bringen. Damit sind die Menschen, die auf den Sozialstaat angewiesen sind, darunter vor allem die Arbeitslosen und die armutsgefährdeten Menschen, die am stärksten betroffenen Opfer der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise.

Die enorme Zunahme der Ungleichheit darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir – trotz der negativen Folgen der Finanzkrise - in einer reichen Gesellschaft leben. Das gilt besonders für Österreich, dessen BIP pro Kopf das dritthöchste in der EU bildet und wo die Vermögen der privaten Haushalte mehr als sechs Mal so hoch sind wie die Staatsschulden. Der hohe Reichtum unserer Gesellschaft macht auch deutlich, dass die Probleme der Staatsschulden und der Finanzierung des Sozialwesens lösbar sind und sozialer Fortschritt weiterhin für alle Menschen möglich ist.

Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, in wie engem Zusammenhang sozialer Fortschritt und gerechte Verteilung mit der wirtschaftlichen Entwicklung stehen und wie wichtig es deshalb ist, derartige Krisen zu verhindern. Die Voraussetzung für eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung bildet die Zurückdrängung des Finanz- und Bankensektors, der auf seine dienende Rolle für Wirtschaft und Gesellschaft redimensioniert werden muss. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erkennen, dass die politische Auseinandersetzung nicht wie vom Boulevard immer wieder behauptet zwischen „den Deutschen“ und „den ItalienerInnen“ oder „den ÖsterreicherInnen“ und „den GriechInnen“ stattfindet, sondern zwischen den

Menschen, die sich einen solidarischen Sozialstaat geschaffen haben, einerseits und den liberalisierten Finanzmärkten andererseits.

Die wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Gerechtigkeit in der Verteilung des vorhandenen Wohlstandes in Österreich wie in den anderen EU-Ländern sind vor allem in zwei Bereichen zu finden: Erstens in der höheren Besteuerung von Vermögen. Hier sind die Fakten weitgehend bekannt: Österreich weist mit 0,5% des BIP einen der niedrigsten Anteile der Erträge aus vermögensbezogenen Steuern aller EU-Länder auf. Die Vermögen der privaten Haushalte sind mit etwa 1.400 Mrd. Euro sehr hoch und bestehen zu etwa einem Drittel aus Finanzvermögen und zu zwei Drittel aus Immobilienvermögen. Sie sind allerdings äußerst ungleich verteilt, das oberste Zehntel der Haushalte („die Reichen") verfügt über etwa 60% des gesamten Vermögens, das oberste Prozent der Haushalte („die sehr Reichen") über etwa ein Viertel des Vermögens.

Eine Erhöhung vermögensbezogener Steuern sollte folgende Elemente umfassen:

- eine Steuer auf den Vermögensbestand mit sehr hohen Freibeträgen, die den Beitrag der Reichen zur Staatsfinanzierung sicherstellt,
- eine Erhöhung des Aufkommens an Grundsteuer, die direkt der Finanzierung der Aufgaben der Gemeinden dient,
- und die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer, die einen Beitrag zur Sicherstellung der Chancengleichheit zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft leisten kann.

Aufgrund des enormen Volumens an Finanz- und Immobilienvermögen würden geringe Steuersätze auf Vermögen nicht einmal in die Nähe von Enteignungen führen und dennoch Steueraufkommen in Milliardenhöhe mit sich bringen.

Die zweite Maßnahme zur gerechteren Verteilung des Wohlstandes besteht im Um- und Ausbau des Sozialstaates. Der Sozialstaat hat sich in der jüngsten Wirtschaftskrise einmal mehr bewährt und neuerlich seine Überlegenheit gegenüber allen Formen der privaten, kapitalgedeckten sozialen Sicherung bewiesen. Dennoch zeigen die Zunahme der Ungleichheit, die demografischen Verschiebungen und die Veränderungen der Familienstrukturen auf, dass er reformiert werden muss.

Entscheidend ist der Ausbau sozialer Dienstleistungen, von Krippen und Kindergärten über Ganztagsschulen und Sozialarbeit bis zu Heimhilfen und Pflegeplätzen. Das breite Angebot an einer für alle Bevölkerungsschichten offenen Grundausstattung mit sozialen Dienstleistungen wäre eine Investition

- in die Fähigkeiten der Kinder und die Erwerbstätigkeit von Frauen,
- gegen Armut in Ein-Eltern-Familien und im Alter,
- und für mehr Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Die politischen Projekte des Ausbaus des Sozialstaates und der höheren Besteuerung von Vermögen sind eng miteinander verknüpft, nicht nur in Hinblick auf Finanzierungsfragen, sondern auch weil ihnen zentrale Rollen in der Schaffung einer gerechteren Verteilung des vorhandenen Wohlstandes zukommt. Sie hätten darüber hinaus auch sehr positive gesamtwirtschaftliche Folgen, denn mehr Gleichheit führt zu:

1. **Geringerer Wahrscheinlichkeit von Finanzkrisen:** Die Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der oberen Einkommensgruppen hat in den letzten Jahrzehnten zum Entstehen von Finanzkrisen beigetragen, weil der Anteil riskanter Finanzanlagen in diesen sozialen Schichten mit 82% deutlich höher liegt als im Durchschnitt (18%). Eine Umverteilung nach unten würde somit zu weniger riskanten Finanzanlagen und zu weniger Geldflüssen ins Finanzcasino führen.

2. **Steigender Konsumnachfrage:** Das obere Einkommensdrittel konsumiert von einem zusätzlichen Einkommen nur 40%, während 60% gespart werden. Hingegen werden im unteren Einkommensdrittel 80% des Zusatzeinkommens konsumiert. Mehr Gleichheit führt deshalb zu stabilerer Konsumnachfrage und einer stabileren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

3. **Höheren Leistungsanreizen:** Im Spekulationsboom der letzten beiden Dekaden sind vor allem leistungslose Einkommen aus dem Besitz von Finanz- und Immobilienvermögen gestiegen, während Leistungseinkommen aus unselbständiger und selbständiger Arbeit kaum zugenommen haben; die Vermögenseinkommen sind zudem mit geringeren staatlichen Abgaben belastet als die Arbeitseinkommen. Diese Entwicklung führt zu einer völligen Verzerrung der Leistungsanreize zum Schaden von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Umverteilung von leistungslosen Einkommen zu Leistungseinkommen bewirkt eine Verbesserung der Anreizstrukturen, eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und eine Ausweitung des Wohlstands.

4. **Mehr Beschäftigung:** Mehr Gleichheit durch höhere Vermögenssteuern und Ausbau sozialer Dienstleistungen bildet den wichtigsten Beschäftigungsmotor. Die nachfrage- und beschäftigungsdämpfende Wirkung der Steuererhöhungen ist gering, weil sie im Wesentlichen durch niedrigere Ersparnisse finanziert wird, hingen haben die Sozialleistungen sehr hohe Beschäftigungseffizienz: eine Milliarde mehr für Kindergärten bis Heimhilfen für Pflegebedürftige schaffen dauerhaft 18.000–25.000 Jobs. Mehr Gleichheit schafft Beschäftigung.

5. **Vermeidung von Armut:** Umverteilung durch den Ausbau sozialer Dienstleistungen kommt vor allem Frauen und Kindern zugute, denn das Angebot öffentlicher Leistungen ermöglicht den Frauen ihre unbezahlte Arbeitsleistung in Kinderbetreuung und Pflege zu verringern und bezahlte Jobs im Sozialbereich anzunehmen. Damit steigt das Haushaltseinkommen so stark, dass in vielen Familien die Armutsschwelle überschritten werden kann. Es ist das Verdienst gut ausgebauter sozialer Dienstleistungen, dass die Armutsgefährdung bei Ein-Eltern-Familien in Schweden nur 13% beträgt, gegenüber 27% in Österreich und sogar 50% in den USA. Mehr Gleichheit führt zu weniger Armut und einer stabileren Gesellschaft.

6. **Günstigeren Finanzierungsbedingungen für den Sozialstaat:** Eine Umverteilung von Vermögenseinkommen zu Arbeitseinkommen begünstigt das Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen, Einkommenszuwächse im unteren und mittleren Einkommensbereich (unter der Höchstbeitragsgrundlage von 4.200,– Euro pro Monat) verstärken diesen Effekt, höheres Aufkommen an Vermögenssteuern eröffnet neue Perspektiven für die Finanzierung sozialer Dienstleistungen. Mehr Gleichheit bedeutet insgesamt einen finanzstärkeren Sozialstaat.

Eine höhere Gleichheit der Verteilung des vorhandenen Wohlstandes würde nicht nur sozialen Fortschritt für alle Bevölkerungsgruppen mit sich bringen, sondern hätte auch positive gesamtwirtschaftliche Folgen. Sie würde zudem zu jener Ausweitung des Wohlstandes führen, die auch die Möglichkeiten für eine stärkere immaterielle Nutzung des gesellschaftlichen Reichtums in Form geringerer Arbeitszeit und höherer Lebensqualität erhöht.

Markus Marterbauer leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der AK Wien. 2011 erschien sein Buch „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle."

Workshop C

Soziale Ungleichheit und ihre Folge für Partizipation und Demokratie

Christian Woltering

Experte
Christian Woltering
Institut für Demokratieforschung, Göttingen

Diskutantinnen
Astrid Rössler
Salzburger Landtag, Grüne

Susanne Stockinger
Verein AHA Linz, Partizipationsprojekt „Sichtbar werden"

Moderation
Hans Holzinger
Robert Jungk-Bibliothek Salzburg

Einleitung:
Zivilgesellschaft und Partizipation und gehören zu den Grundpfeilern unserer Demokratie. Eine möglichst weitreichende gesellschaftliche Beteiligung aller sozialen Gruppen gilt dabei im Allgemeinen als wünschenswert. Oder wie es von Deth ausdrückte: „Wer Demokratie sagt, meint Partizipation!"

Doch nicht nur unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert. Auch die Bürger- oder Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik stellt sich heute anders dar als noch vor einigen Jahren. Während einerseits die Großorganisationen wie Kirchen, Parteien und Gewerkschaften an Mitgliedern verlieren, ja das „Aktivitätsmodell Mitgliedschaft" selbst an Attraktivität verliert, werden „neue" Formen von Engagement und Partizipation vermehrt nachgefragt. Die „neuen" Engagierten suchen in erster Linie Partizipationsformen, die informell und individuell auf sie zugeschnitten sind. Dabei lassen sich grundsätzliche Übereinstimmungen feststellen – in erster Linie der mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen einhergehende Trend von der Kollektivität zur Individualität des Ehrenamtes. Unkonventionelle Formen von Engagement und Aktivitäten sind grob gesagt informell, flexibel, unbürokratisch, temporär, häufig „single-issue"-orientiert, individuell und verstärkt an Wünschen und Bedürfnissen der „Helfenden" oder Aktiven orientiert. Interessant in Hinblick auf das Thema der *5. Regionalen Armutskonferenz* in Salzburg ist hier besonders die Frage, wie sich soziale Ungleichheit auf Partizipationschancen – vor allem was die „neuen" Partizipationsformen angeht – auswirkt. Wer nimmt also an den neuen, vermeintlich „unkonventionellen" Formen der Partizipation teil – und wer nicht?

Soziale Ungleichheit und die Auswirkungen auf Partizipation und Teilhabe:
Zunächst muss man konstatieren, dass die soziale Ungleichheit, verstanden als Ungleichverteilung von Ressourcen wie z.B. Einkommen, Bildung und Gesundheit, seit Jahren kontinuierlich in den westlichen Industrienationen wächst. Wichtig ist dabei zu beachten, dass sich soziale Ungleichheiten gegenseitig bedingen und gemeinsam entwickeln. Die Frage stellt sich also, wie groß der Anteil Sozial Benachteiligter bei „konventionellen" und „unkonventionellen" Formen der Beteiligung ist. Dazu liegt es nahe sich den Einfluss von sozio-kulturellen Merkmalen auf bestimmte Partizipationsmöglichkeiten anzuschauen. Aufgrund der recht guten Datenlage macht dies vor allem für die Merkmale „Bildung" und „Einkommen" Sinn.

Die wohl niederschwelligste Form der Partizipation ist der Gang zu Wahl. Dieser steht grundsätzlich jedem Staatsbürger offen, ist nicht mit Kosten verbunden und bedarf relativ geringer Selbstorganisation. Die wichtige Rolle von Wahlen für unser demokratisches System lässt darauf schließen, dass eine große soziale Verzerrung in diesem Bereich weitreichende Folgen hätte. Beim Blick auf die Statistiken fällt auf: Der Anteil von Personen mit geringer Bildung ist zwar über Zeit hinweg immer geringer als bei Personen mit höherer Bildung (mit negativem Trend für die Zukunft), die soziale Verzerrung hält sich jedoch noch in Grenzen. Deutlicher ist die Schieflage in Hinblick auf die Einkommensverteilung. Während die Wahlbeteiligung der Mittel- und Oberschicht in dieser Zeit relativ konstant geblieben ist, ist die Beteiligung der untersten 20% der Einkommensbezieher seit Mitte der 2000er Jahre deutlich gesunken. Schaut man sich die Beteiligung in den

Parteien an, was aufgrund der herausgehobenen Position der Parteien in unserem politischen System immer noch eine der wichtigsten politischen Beteiligungsformen darstellt, ist das Bild ähnlich wie bei der Wahlteilnahme. Auch hier engagieren sich Personen mit geringem Bildungsabschluss und geringem Einkommen deutlich seltener. Bei der Parteimitgliedschaft gibt es demnach ebenfalls enorme soziale Verzerrungen, die die Leitungsebene von Parteien noch gar nicht erfasst (dort ist eine noch deutlich stärkere Verzerrung erwartbar). Auch bei der Beteiligung an unkonventionellen Partizipationsformen, wie die Teilnahme an Straßenprotesten (z.B. gegen den Bahnhofsumbau in Stuttgart) oder der Beteiligung an Bürgerinitiativen (z.B. gegen den Flughafen Berlin/Brandenburg) zeigt ein deutliches Übergewicht an gut gebildeten, einkommensstarken Teilnehmern. Besonders bei der Teilnahme an Aktionen mit politischem Hintergrund belegen Untersuchungen eine deutliche soziale Verzerrung.

Die Frage ist nun, welche Mechanismen bzw. Verläufe dafür sorgen, dass sich soziale Ungleichheit auf Teilhabechance auswirken. Nach Brady et al. gibt es im Großen und Ganzen 3 Gründe warum Menschen sich nicht engagieren: Erstens, weil sie es aufgrund mangelnder Ressourcen nicht können, zweitens, weil sie aufgrund von mangelndem politischen Interesse nicht wollen, und drittens, weil sie nicht mobilisiert werden. Bei der ersten These zeigt sich beim Blick auf die Statistiken eine hohe Abhängigkeit zwischen politischem Interesse und dem jeweiligen Bildung- bzw. Einkommengrad. Personen mit hohem Bildungsabschluss zeigen ein überproportional hohes Interesse an Politik, während Hauptschulabsolventen und Personen ohne Schulabschluss deutlich unter dem Durchschnittswert liegen. Ein ähnliches Bild ergibt sich im Verhältnis zwischen Einkommen und politischem Interesse. Im oberen Einkommensquintil sind fast doppelt so viele Personen vertreten, die angeben ihr politisches Interesse sei „stark" oder „sehr stark" wie im unteren Einkommensquintil. Das politische Interesse scheint also tatsächlich in großem Maße abhängig von Einkommen und Bildungsgrad der Personen zu sein. Das politische Interesse ist dabei eher eine stabile und schichtspezifische Eigenschaften, die sich kaum zwischen Gruppen, die unterschiedlich lang in Armut leben unterscheidet, die jedoch stark zwischen armutsnahen und armutsfernen Lebenslagen variiert. Bei der Frage nach den mangelnden Ressourcen hilft ein Blick darauf, wie sich die gesellschaftliche Teilhabe bei Personen verändert, die in Armut abrutschen. Unterscheidet man zwischen kurz- und langfristigen Effekten, so sind zwei Szenarien möglich: Zum einen könnte – etwa in der Art eines Schocks – unmittelbar nach dem Abstieg ein Partizipationsrückgang stattfinden, auf den eine Stabilisierung und Anpassung auf dann niedrigerem Niveau folgt. Oder der Abstieg bleibt ohne unmittelbare Wirkung, weil der Rückgriff auf finanzielle Ressourcen und Netzwerke zunächst noch gelingt. Partizipationschancen sinken demnach erst, wenn Armut länger dauert und die Rücklagen aufgebraucht sind. Die Analysen bestätigen, dass der Abstieg in Armut die Partizpationschancen negativ beeinflusst. Politisches Interesse, kulturelle Teilhabe und die Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand verschlechtern sich. Mit dem Übergang in Armut nehmen kulturelle Teilhabe und politische Partizipation mit zunehmender Armutsdauer weiter ab. Die dritte These von Brady et al. besagt, dass sozial Benachteiligte in geringerem Maße zur Teilhabe an der Bürgergesellschaft mobilisiert werden. Obwohl in unserem Demokratiemodell großer Wert auf die Beteiligung möglichst vieler Menschen gelegt wird, privilegiert der „wettkampfähnliche Austausch" von Argumenten jedoch soziale Gruppen, die es gewohnt sind, sich selbstbewusst und konfrontativ zu äußern. Das dominierende Prinzip der Vernunft führt somit dazu, dass emotionale und gestikulierende Ausdrucksformen geringer bewertet werden. Dadurch werden besonders die Sprechweisen sozialer Minderheiten, insbesondere von ethnischen Minderheiten, Frauen und Angehörigen der Unterschicht ausgegrenzt. Der mittelschichtsdominierte Diskurs über bürgerschaft-

liches Engagement verallgemeinert Partizipationsformen, die vor allem in der Mittelschicht verbreitet sind. Diese eindimensionale Sichtweise hat zur Folge, dass Engagementformen sozial benachteiligter Gruppen öffentlich weniger Anerkennung erfahren.

Fazit:
Im Ergebnis lässt sich konstatieren, dass es eine signifikante Diskrepanz in der Partizipationsneigung sozialer Gruppen gibt. Egal ob bei konventionellen oder unkonventionellen Formen der Beteiligung, Personen, die nicht bzw. in geringerem Maße über bestimmte Merkmale wie Bildung oder Einkommen verfügen, sind systematisch bei der Teilnahme an der Bürgergesellschaft benachteiligt. Soziale Ungleichheit hat also einen deutlich negativen Einfluss auf die Bürgergesellschaft. Gesellschaftliche Teilhabe ist offensichtlich vorausetzungsvoll. Es bedarf gewisser Ressourcen um an ihr partizipieren zu können. Dazu gehören z.B. Selbstorganisation, Disziplin, Gesundheit aber auch finanzielle und kognitive Ressourcen. Die Beteiligungskultur in den westlichen Industrienationen trägt darüber hinaus einen „mittelschicht-geprägten" Charakter. Demnach erfahren Engagementformen sozial benachteiligter Gruppen (z.B. Nachbarschaftshilfe) öffentlich weniger Anerkennung. Konventionelle Beteiligungsformen sind „geeigneter" für Benachteiligte, als moderne Formen, da die modernen Formen in auffällig hohem Maße durch eine post-bildungsbürgerliche Mittelklasse geprägt sind. Die so genannte moderne „Teilhabedemokratie" öffnet und verallgemeinert also nicht zwangsläufig die Chancen aller, sondern verfestigt eher die Elitenstruktur westlicher Demokratien. Gerade bildungsferne und einkommensärmere Schichten sind damit heute mehr denn je auf eine politische Repräsentation angewiesen. Ob und wie sich diese allerdings, angesichts der Krise der repräsentativen Demokratie unserer Gesellschaft ausgestaltet werden kann, ist eine Frage, die weiterhin zu diskutieren sein wird.

LITERATUR:

Böhnke, Petra: „Abwärtsmobilität und ihre Folgen: Die Entwicklung von Wohlbefinden und Partizipation nach Verarmung", WZB-Discussion Paper, SP/2009–05.

Böhnke, Petra: „Facetten des Verarmens", WZB-Mitteilungen, Heft 123, März 2009.

Böhnke, Petra: „Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation", Aus Politik und Zeitgeschichte, 1–2/2011.

Brady et al: "Beyond Ses: A Resource Model Of Participation", in: The American Political Science Review 89 (2), 1995, S. 271–294.
Munsch, Chantal: „Engagement und Ausgrenzung – theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses", Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24. Jg. 3/2011.

Schäfer, Armin: „Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa", Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft, 4/2010.

Klatt, Johanna/Walter, Franz: „Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement", Bielefeld 2011.
Van Deth, Jan W.: „Political interest", in: Jennings/van Deth (Hg.): Continuities in political action, Berlin, de Gruyter, S. 275–312.

SAVIR

Stimmen aus den Workshops
TeilnehmerInnen:

A: Mehr Gleichheit und Gesundheit
ASTRID LAMPRECHTER

„Alle Befunde liegen am Tisch. Für mich die wichtigste Botschaft und auch Einigkeit in diesem Workshop war, dass wir Gesundheit nicht individualisieren dürfen und sollen, dass es eine öffentliche Aufgabe ist und daher in den Systemen, die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen einzuhängen sind. Und wie Karin Hofer gesagt hat: Gesundheit entsteht überall, wo wir leben. Dh ein klassisches Querschnittsthema und ein Thema, das verknüpft diskutiert werden muss und soll, damit Chancengleichheit und Gesundheit nicht Glückssache sind, sondern eine gesteuerte Thematik und ein gesteuertes Anliegen der Gesamtgesellschaft."

B: Mehr Gleichheit und Wirtschaft/Arbeitsmarkt
EVA STÖCKL

"Wir haben festgestellt: mehr Gleichheit, dafür brauchen wir eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen, eine neue Bewertung von Arbeit, auch eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und Arbeitszeitverkürzungen. Dadurch erreichen wir gleichere Einkommen, höhere und existenzsichernde Einkommen und auch eine Ausweitung der Beschäfti - gung. Die Schaffung guter Arbeit mit existenzsicherndem Einkommen führt auch zu höheren Einnahmen in den Steueröpfen und in den Sozialversicherungstöpfen und insbesondere der Ausbau an sozialen Dienstleistungen, sei es jetzt die Kinderbetreuung oder die Pflege führt auch zu verbesserten Erwerbsmöglichkeiten, insbesondere für Frauen und wäre ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in unserer Gesellschaft."

C: Mehr Gleichheit und Demokratie/Partizipation
PAUL WEIDINGER

"Alle sozialen Ungleichheiten hängen zusammen habe ich gelernt. Einkommen, Vermögen, Bildung, Gesundheit und die Partizipation entwickeln sich gemeinsam. Dh wir müssen alle sozialen Ungleichheiten bekämpfen und die Teilhabe, die Partizipation kann sich dann auch besser entwickeln mit Einkommen, Gesundheit, Bildung. Zweites Stichwort: Interessensvertretung. Es braucht Repräsentation, die Stärkung der repräsentativen Demokratie, die ja jetzt bekanntlich nicht funktioniert, gerade Benachteiligte sind zu wenig vertreten. Da braucht es zB das Wahlrecht, auch für die Drittstaatsangehörigen, die Nicht-EU-BürgerInnen, die bei uns leben. Die haben ja nicht einmal die simple Repräsentation durch das Wahlrecht. Denn, das war auch interessant, dass für die sozial Benachteiligten diese klassischen Formen der politischen Mitbestimmung durch Wahlen besser sind, als die modernen, unkonventionellen Formen. Weil eine Demo oder Internetaktivitäten oder Bürgerinitiativen – da sind die sozial Benachteiligten noch viel weniger vertreten. Das ist eine Mittelschichtssache. Und es braucht immer Engagierte, die anführen, denn wer prekär lebt und immer den Stress der Existenzsicherung hat, macht vielleicht mit bei Aktionen und Interessensvertretung, aber es braucht natürlich Engagierte, die das starten und anführen. Und die Selbstorganisation braucht eben Strukturen und soziale Absicherung. Selbsthilfe braucht auch die Strukturen, und da gibt„s einige positive Beispiele, wie Arbeitlose helfen Arbeitslosen in Linz, wo die Frau Stockinger da ist, die haben auch für Strukturen gekämpft, ein Vereinslokal, etc. Oder in Salzburg unsere Bewohnerservicestellen, die sind auch ein Best-Practice-Beispiel, dass es Gemeinwesenarbeit braucht und soziale Arbeit."

Stimmen aus den Workshops
DiskutantInnen:

A: Mehr Gleichheit und Gesundheit
KARIN HOFER SGKK

Gesundheit wird nur teilweise im Gesundheitssystem produziert. Viel entscheidender sind die Lebensumstände der Menschen und ihr eigenes Verhalten. Armut ist ein zentrales Gesundheitsrisiko ebenso wie ein niedriger Bildungsstatus. Was kann eine Krankenversicherung beitragen, um das Gesundheitsrisiko Armut abzuschwächen?

Grundsätzlich ist in Österreich der Zugang zur Krankenbehandlung für alle gegeben. Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte, Medikamente und notwendige Therapien sind großteils ohne Selbstbehalte und für sozial Schwache (fast) immer ohne Selbstbehalte möglich (z.B. Rezeptgebührenbefreiung). Eine hohe Arztdichte ermöglicht einen niederschwelligen Zugang auch zu Fachärzten. Das österreichische Krankenversicherungssystem ermöglicht die kostenlose Mitversicherung von Angehörigen. Die grundsätzlichen Ziele aus der Anfangszeit der Arbeiterbewegung, mit Hilfe eines Sozialversicherungssystems eine Absicherung gegen die existentiellen Risiken Krankheit, Arbeitsunfall, Alter zu schaffen, sind damit erfüllt. Verbesserungen – speziell in den Bereichen Zahngesundheit und psychische Leiden – sind ein Ziel der Sozialversicherung, das aufgrund finanzieller Engpässe nur schrittweise umgesetzt werden kann.

Der Gesundheitszustand von sozial benachteiligten Menschen ist trotz freien und niederschwelligen Zugangs zur Krankenbehandlung ein wesentlich schlechterer als der von besser Gestellten. Das liegt zum einen an belastenden Lebensumständen. Arbeitslosigkeit, körperlich sehr belastende und schlecht bezahlte Jobs, permanenter Stress wegen Geldmangel, wenig Möglichkeiten zur Erholung, ungesundes Wohnumfeld und viele kleine belastende Aspekte tragen zu einem schlechteren Gesundheitszustand bei. Zum anderen zeigen Studien, dass ein risikoreiches Gesundheitsverhalten eng korreliert ist mit einem niedrigen Bildungsstatus und/oder einem niedrigem Einkommensniveau. Übergewicht, Rauchen, ungesundes Ernährungsverhalten, Bewegungsmangel sind in sozial schwachen Schichten deutlich stärker ausgeprägt als bei höheren Einkommensschichten. Präventions- oder Gesundheits - förderungsprogramme kranken bisher daran, diese Menschen kaum zu erreichen.

Die individuelle Verhaltensumstellung ist für jeden Menschen eine Herausforderung. Für Menschen mit schlechten Rahmenbedingungen scheint sie noch schwerer zu sein. Die Zukunftsaufgabe liegt aus unserer Sicht darin, Gesundheitsförderung umfassend im Lebensalltag der Menschen zu integrieren – also in der Schule, im Betrieb, im Wohnumfeld, usw. Nur so können Menschen mit armutsbedingtem Risiko ebenfalls erreicht und ihre Chancen auf ein gesundes Leben erhöht werden.

B: Mehr Gleichheit und Wirtschaft/Arbeitsmarkt
CYRIAK SCHWAIGHOFER Die Grünen

In Hinblick auf die Einkommens- und Vermögensverteilung in Österreich handelt es sich vor allem um Bundeskompetenz. Steuer- und Steuerungsmöglichkeiten in wirksamen Umfang kann nur bundesgesetzlich vorgenommen werden. Sowohl die Ausgestaltung der Einkommenssteuern wie auch der vermögensbezogenen Steuern ist weitestgehend Bundeskompetenz und daher für

die Landespolitik vorwiegend als „Vorgabe“ auf der Einnahmenseite zu betrachten und zu behandeln. Klar ist für mich, dass wir derzeit eine absolute Schieflage in der Entwicklung der Einkommen und der Vermögen in Österreich – wie in den meisten OECD-Staaten – haben. Diese Schieflage bedeutet, dass auf der Einkommensseite die höheren Einkommen weiter steigen, während die niedrigen Einkommen sogar Reallohnverluste hinnehmen mussten. Es ist daher durch eine Neugestaltung der Einkommenssteuern – mit niedrigeren Eingangsätzen und höheren Höchststeuersätzen – auf der einen Seite und durch die Angleichung der vermögensbezogenen Steuern zumindest auf den OECD-Schnitt gegenzusteuern.

Nachdem die Wechselwirkung von Armut und Gesundheit sowie Armut und Bildung hinlänglich bekannt ist, ist eine konsequente Bekämpfung der Armut im Sinne der gesamten Volkswirtschaft.

Die Länder wie die Gemeinden haben in der Armutsbekämpfung und der Förderung von Chancengleichheit durchwegs Gestaltungsmöglichkeiten und können in ihren Kompetenzbereichen Vorbildwirkung bieten. Die Ausgestaltung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Bereich der Armutsbekämpfung wie der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung sind Beispiele, wo Land und Gemeinden gefordert sind. Aber auch im Bereich der Wirtschaftsförderung kann die Gewährung an entsprechende soziale (und ökologische) Kriterien geknüpft werden. Insgesamt erscheint mir für einen Wohlfahrtsstaat, in dem Armut vermieden und Chancengleichheit angestrebt wird, der Ausbau der Staatsquote geradezu zwingend, so lange die Verteilungsgerechtigkeit so im Argen liegt. Öffentliche (vor allem Sach-)Leistungen auf hohem Niveau leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Gleichheit in Wirtschaft, Arbeitsmarkt und im gesamtgesellschaftlichen Leben.

B: Mehr Gleichheit und Wirtschaft/Arbeitsmarkt

MARGIT PFATSCHBACHER SPÖ

Ungleichheit der Geschlechter: das Schließen der Einkommensschere wäre ein starker Impuls für die Kaufkraft! Ungerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit für zu Armutsgefährdung im besonderen für Frauen und Kinder. Der unverhältnismäßig hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigung bei den Frauen ist keineswegs nur gewollt oder geplant. Spitzenzeiten werden durch zu leistende Mehrstunden abgedeckt, das regelmäßige Einkommen ist aber oftmals an oder unter Armutsgrenze. Gleichmäßigere Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Partnern verhindert Diskriminierung am Arbeitsplatz (Männer machen Überstunden, Frauen verdienen dazu)

Überhöhte Ungleichheit bei den unterschiedlichen Hierarchien. Der Abstand der Einkommen der Führungsebene zu der Masse der-MitarbeiterInnen ist nicht mehr durch Mehrleistung argumentierbar. Die hohen Einkommen steigen viel stärker an als die Einkommen der Mehrheit innerhalb einer Branche. Dies kann auch nicht mehr als leistungsgerecht empfunden werden, denn die besonders harten Jobs sind vielfach besonders schlecht bezahlt. Lohnerhöhungen im unteren Einkommensbereich stärken die Kaufkraft, Lohnerhöhungen der hohen Einkommen dienen der Rücklagenbildung und fehlen der Wirtschaft.

Familienbedingte Erwerbspausen schaden der Einkommenssituation ganz besonders, folge ist, dass gut ausgebildete Frauen sehr oft den Kinderwunsch verschieben oder ganz aufgeben. Könnte dieser Einkommensverlust reduziert werden (Anrechnung von Karenzzeiten in den KV, bessere Rückkehrpläne, gutes Kinderbetreuungsangebot), ergäbe dies einen positiven Impuls für die gesellschaftliche Entwicklung des Landes. (Fachkräftemangel, geringe Geburtenrate bei gutgebildeten Paaren)

Einkommensgerechtigkeit dient dem Erhalt des sozialen Friedens. Ist die Besteuerung von Einkommen durch Arbeit überdurchschnittlich, und das Einkommen auf Vermögen nahezu

steuerfrei so gerät das Sozialsystem eines Landes immer mehr in Schieflage. Entsolidarisierung der Gesellschaft schadet der Wirtschaft und gefährdet auch den sozialen Frieden.

Eine starke Inlandsnachfrage macht ein Land krisensicherer. Niedrige Einkommen führen zwar kurzfristig zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, schwächen aber langfristig die Kaufkraft eines Staates. Ebenso führen damit verbundene Steuereinbußen zu prekären Belastungen von Staaten. Schuldenkrisen führen in Ländern zum Sozialabbau, fehlende Investitionen verstärken eine Rezession. Vermögende sind von den Folgen einer Wirschaftskrise nicht in dem Ausmass betroffen, die Kluften werden noch tiefer!

C: Mehr Gleichheit und Demokratie/Partizipation

SUSANNE STOCKINGER
Verein AhA – Arbeitslose helfen Arbeitslosen

Bei der Hilfe für arbeitslose Menschen ab 45 Jahren unterscheiden wir uns zu anderen soz. Einrichtungen darin, dass von Arbeitslosigkeit Betroffene ihre Erfahrungen und den Umgang mit dieser Situation an andere Menschen weitergeben. In den kostenlosen Einzelberatungen wird die aktuelle Situation besprochen und gemeinsam mit den Betroffenen Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

Zu den monatlich stattfindenden Infoabenden laden wir fallweise Referenten zu aktuellen Themen ein wie z.B. AMS,AK,GKK,PVA usw. Die Abende werden von 20–30 Personen besucht. Durch Öffentlichkeitsarbeit (Medienberichte, Infoveranstaltungen, Tag der Arbeitslosen usw.) möchten wir auf die tatsächliche Situation arbeitsloser Menschen hinweisen. Seit Mai 2008 bieten wir im Verein älteren Menschen (viele davon auch aus den Club-aktiv) kostenlose PC-und Internet-Einzelschulungen mit ehrenamtlichen SchulungsleiterInnen an. Die Schulungen werden täglich in Anspruch genommen. Seit Mai 2008 sind mehr als 700 Doppelstunden geschult worden. Einige der SchulungsleiterInnen sind arbeitsuchend und Einige schon in Pension, und dies alles ehrenamtlich ohne bezahlte Mitarbeiter, nur von arbeitslosen Menschen für arbeitslose Menschen.

Durch unsere Netzwerkarbeit kamen wir 2004 mit der Österreichischen Armutskonferenz in Kontakt. In den folgenden Jahren entwickelte sich bei vielen Projekten eine sehr positive Zusammenarbeit. So entstand auch die Betroffenenkonferenz „Sichtbar werden" die seit 2006 jährlich in verschiedenen Orten Österreichs abgehalten wird. Das besondere daran ist, dass Selbstorganisationen und Betroffenen die Möglichkeit geboten wird sich über ihre Anliegen und Probleme mit Armut und sozialer Ausgrenzung auszutauschen. In Arbeitskreisen werden gemeinsam Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Es ist auch sehr wichtig, dass die Armutskonferenz die Kosten der Anreise und Übernachtung übernimmt, da die Betroffenen diese Kosten selber nicht leisten können. Der Ablauf und die Themen der Konferenz werden schon vorab mit den Betroffenen erarbeitet. Wir vom AhA sind schon seit Anfang an dabei. Heuer hatten wir die 6. Konferenz in Mariazell. Trotz nicht sehr gutem Wetter waren Alle motiviert und freuten sich bekannte Gesichter wiederzusehen und zu erfahren was sie im letzten Jahr erlebt haben. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich von der Salzburger Armutskonferenz eingeladen wurde um über „Sichtbar werden" zu berichten. Es war eine anregende und sehr positive Diskussion.

Der **Kulturpass** ermöglicht es Menschen, die es sich derzeit nicht leisten können, am kulturellen Leben teilzunehmen! **NEU:** Kulturpass für **Kinder**!

Hotline **0699 – 17 07 19 14**

www.kunsthunger-sbg.at

Eine Aktion von **Laube GmbH • Theater ecce • Salzburger Armutskonferenz • Dachverband Salzburger Kulturstätten**

Unterstützt von KULTUR STADT SALZBURG

Salzburg braucht ARMUT

Veranstalter

Salzburger Netzwerk gegen
Armut und soziale Ausgrenzung

St. Virgil Salzburg
(www.virgil.at)

Unterstützer

www.salzburger-armutskonferenz.at